DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 155, Samstag, 18. November 2023 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler & 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an *Sodenkamp & Lenz* · IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64

Herausgegeben von Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp und Prof. Giorgio Agamben mit Russell Brand und Oskar Lafontaine

»DEM FRIEDEN DER WELT ZU DIENEN«

DAS *ist* UNSERE *Staatsräson!*



Dieser Demokrat auf einer der unzähligen Demonstrationen der Demokratiebewegung hat den Mut zu sagen, was ist. Foto: Georgi Belickin/DW

»Faxen dicke«, sagt uns eine palästinensische Demokratin bei der Demonstration auf dem Berliner Hermannplatz.

»Erst wurde mein alter Onkel mit den Coronamaßnahmen weggesperrt, dann der Späti meines Mannes geschlossen und schließlich erlitt mein störrischer Vater nach der Spritze zu allem Überfluss zwei Herzinfarkte. Dann explodierten meine Heizkosten und nun auch noch die Wohnung meines Schwagers in Gaza-Stadt. Und immer sagt man mir, das alles geschehe aus edelsten Motiven. Es reicht!«

Die Frau, die sich uns gegenüber als Jamila vorstellt, zieht gekonnt Parallelen zwischen ihrer Verhaftung auf dem Berliner Rosa-Luxemburg-Platz im Frühjahr 2020, weil sie das Grundgesetz hochhielt, und der Bearbeitung durch die Berliner Polizei in den vergangenen Tagen, weil sie eine Palästinaflagge auf einer Demonstration bei sich trug.

Diese Wut, die sie uns zeigt, haben weltweit Millionen Demokraten. Die Regierungen der Welt können es nicht lassen, einen Krieg nach dem anderen gegen die Bevölkerung zu führen und hemmungslos zu lügen. Wie oft wurde in den vergangenen Jahren behauptet, diese Kriege wären einfach über uns gekommen und unsere Staaten wehrten sich ja nur? Glaubt eigentlich irgendjemand noch ernsthaft die Geschichte vom reinen Unschuldslamm Nato? Nun, diese Zeitung nicht. Sie entstand aus einem Flugblatt, das im abgeriegelten Berlin im Frühjahr 2020 verteilt wurde, als Versammlungen verfassungswidrig verboten waren. Mittlerweile ist es die 155. Ausgabe geworden!

Ein Zeitungswunder mit den nachvollziehbaren, vernünftigen und umsetzbaren Zielen des Fünf-Punkte-Planes (Seite 2). Denn eines ist klar: Über die grundlegenden Fragen wollen wir, das Volk, in Zukunft selbst entscheiden. Und das heißt in Deutschland auch, dass wir Menschen darüber entscheiden, ob wir mit dem bröckelnden US-Imperium in den Krieg ziehen wollen. (hes)

INHALT #DW155

IMPRESSUM | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. Gegründet und entwickelt von Anselm Lenz. | 155. Ausgabe ab Samstag, 18. November 2023. | Redaktionsschluss war am 16. November. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Förder- und Freundeskreis dieser Wochenzeitung: Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, D-10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. Spenden für die Zeitung sind weiterzuleiten (siehe unten). | Online: demokratischerwiderstand.de

Chefredakteur: Anselm Lenz. Stlv. Chefredaktion: Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Klaus Müller. **Redaktion Krieg & Frieden**: Felix Feistel (Ltg.), Ilia Ryvkin, Flo Osrainik. **Sportchef**: Thomas Berthold. **Layout und Satz**: Chris Stein, Anselm Lenz. **Fotoressort**: Georgi Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Ullrich Mies, Doro Neidel, Torsten Wetzel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Wolfgang Greulich, Johnny Rottweil, Dr. med. Alexander Richter, Prof. Martin Schwab. **Korrektorat**: Stefanie Supé, Barbara Klumpp. V.i.S.d.P. Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperationen**: De Andere Krant, Amsterdam. UFP United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner**: Edition du Seuil, Paris. **Herausgegeben von:** Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Prof. Giorgio Agamben mit Russell Brand und Oskar Lafontaine, Co-Herausgeberschaft (ruhend): Batseba N'Diaye. Aus Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit seit 17. April 2020. **Verlag**: Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Geschäftsführer Hendrik Sodenkamp & Anselm Lenz, Mitglied im VDZ, Verband der Zeitschriftenverleger Berlin-Brandenburg. Amtsgericht Berlin-Charlottenburg HRB224921B, USt-ID-Nr. DE 340880295. **Druck**: Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S •M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

NICHTOHNEUNS.DE | Der **5-Punkte-Plan** seit 28. März 2020: **1**. Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. **2**. Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. **3**. Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat. **4**. Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. **5**. Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta. **Spenden an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung**, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung«an Sodenkamp & Lenz, **IBAN:** DE71 1705 6060 0101 0320 64



Foto: Katja Palle.

So geht Journalismus

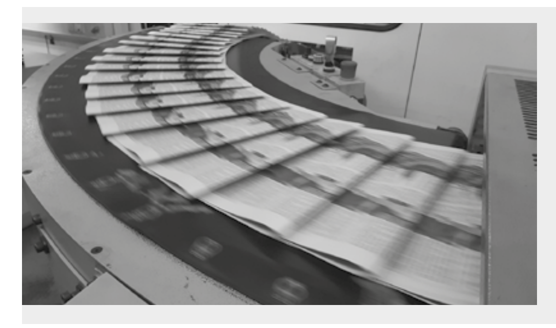
Der Preis der Republik geht an Milena Preradovic.
LAUDATIO von Klaus Müller

Sie kommt aus den *Mainstream*-Medien: Milena Preradovic moderierte von 1992 bis 1997 das *RTL*-Mittagsmagazin »Punkt 12«, später den Polit-*Talk* »Im Kreuzfeuer« sowie auf *Sat.1* gemeinsam mit Dieter Kronzukker das Magazin »Spot«. Bis 2010 war sie Nachrichtenmoderatorin bei *N24*.

Rückblickend muss ihr diese Zeit wie ein anderes Leben vorkommen, auch wenn sie bereits damals nie einem vorgegebenen Narrativ nachgelaufen ist: »Schon beim Jugoslawien-Krieg in den 90er-Jahren fiel mir auf, dass einiges, was in den Medien verbreitet wurde, nicht stimmt«, erklärte die 61-Jährige im DW-Interview (Ausgabe 152). Dennoch war die Welt da noch irgendwie in Ordnung. Das sieht 2023 längst ganz anders aus. Das Vertrauen in die *Mainstream*-Medien ist im Eimer. Immer mehr Bürger realisieren, dass uns dort eine vermeintliche Wirklichkeit verkauft wird, die mit der Wahrheit nicht viel zu tun hat und zudem nur Menschen zu Wort kommen, die dem Narrativ oder der links-grünen Ideologie folgen. Seriöse und objektive Berichterstattung sieht anders aus. Wie? Das zeigt Milena Preradovic – nun allerdings auf der »anderen Seite des Flusses«, in den unabhängigen Medien. Ihr YouTube-Kanal »Punkt. Preradovic« zählt 115.000 Abonnenten, Tendenz steigend.

Bei ihr kommen renommierte Experten zu Wort, die vom *Mainstream* konsequent ignoriert werden. Ihre Interviews sind aufklärend, informativ und unterhaltsam. Ihr Gespräch mit Dr. Wolfgang Wodarg im Frühjahr 2020 wurde 1,6 Millionen Mal abgerufen, obwohl sie zum damaligen Zeitpunkt nur 57 Abonnenten hatte. Das *Establishment* reagierte prompt – mit einer konzertierten Diffamierungskampagne. Nicht nur Wodargs Worte, auch dieser Umstand setzte bei vielen Menschen einen Aufwachprozess in Gang. Preradovic, die mit Dr. Paul Brandenburg zudem den *Podcast* »Nacktes Niveau« betreibt, trug mit ihren Interviews dazu bei, dass sich viele Menschen das Spritzengift nicht reinjagen ließen. Auch dafür gebührt ihr dieser Preis. Herzlichen Glückwunsch.

DER PREIS DER REPUBLIK FÜR AUFKLÄRUNG, COURAGE, FREIE DEBATTE, GRUNDGESETZ UND DEMOKRATIE GEHT AN MILENA PRERADOVIC. DIE AUSZEICHNUNG WIRD SEIT DEM 27. JUNI 2020 VOM UNTERSTÜTZERVEREIN DIESER WOCHENZEITUNG IN FORM EINER MEDAILLE AM BAND VERGEBEN.
Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöfbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Giorgio Agamben, Vera Sharav, Silke Martens, Tom Lausen, Hans-Eberhard Schultz, Christian Kreiß, Susanne Köhler, Général Christian Blanchon, Markus Fiedler, Dr. med. Ronald Weikl, Rolf Kron, Andreas Sönnichsen, Chelsea Manning, Dr. Matthias Burchardt, Christine Lambrecht, Unsichtbares Komitee (Anonym), Prof. Dr. Martin Schwab, unbekannten Verteiler, Eric Clapton, Dr. Gunter Frank, »München steht auf«, Yann Song King, Peter Hahne, Christian Dettmar, Axel Turck, Novak Djokovic, Dr. Daniele Ganser, Marco Rima, Youtuber Weichreite, Jimmy Gerum, Bewegung Zwickau, Tobias Levels, Firat Polat, Prof. Arne Burkhardt, Birger Bär, Ilse Ziegler, Ernst Wolff, Marianne Grimmenstein, Björn Banane, Dr. Heinrich Habig, Uwe G. Kranz, Uwe Steimle, Miro Wichers, Alex Quint & Thomas Schenk, Prof. Dr. Dr. Christian Schubert., Artur Helios, Jürgen Fliege, Mahnwache Bautzen, Collateral, Helge Spunkt.



Das Bankkonto dieser Zeitung wurde im April 2023 vonseiten der Bank einfach dicht gemacht. Die zwölfte Kontosperrung innerhalb von drei Jahren. Warum wird das veranlasst? Opposition und Kritik sollen verstummen, »trocken gelegt werden« (Nancy Faeser, Bundesinnenministerin) und spurlos verschwinden. Diese gedruckte ZEITUNG schreibt Geschichte seit #DW1 vom 17. April 2020. Es folgt unsere neue Crowdfunding-Bankverbindung. Danke!

Empfänger: Sodenkamp & Lenz Verlag
IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64
Verwendungszweck: Crowdfunding DW-Zeitung

DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE

Die *ARD*-Kommune

EINWURF von Werner Köhne

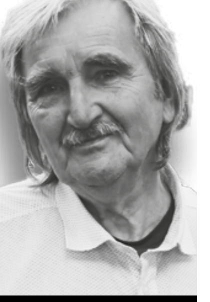
Im Spätherbst 2019 startete die *ARD* für zwei Monate eine Werbung in eigener Sache; offensichtlich, um die damals anwachsende Kritik an den Rundfunkgebühren einzudämmen. Die Kampagne setzte auf ein Wir-Gefühl in der Art: Wir sind alle Menschen, fühlen uns dem Gemeinwohl verpflichtet, kurz: Wir sind alle *ARD*.

Man sah in dem längeren Spot, wie sich ein Saal – wahrscheinlich der große Sendesaal des *WDR* – allmählich mit einer bunten Schar von Personen jeglichen Geschlechts und jeglicher Herkunft füllte. Frohe erwartungsvolle Gesichter wurden von der Kamera herangezoomt und bald setzte ein choraler Gesang ein mit diesem Refrain: »Was ist deine Geschichte, erzähl mir von dir«. Alle sangen mit in swingender Inbrunst. Mich erinnerte das Szenario irgendwie an den Gospelhit »Oh happy day, when Jesus washed my sins away«.

Die Regie gestattete sich ein wogendes Dahingleiten der Kamera über die leicht tänzelnden Menschen, wohl in der Absicht, die Agenda auf einen umfassenden Sinn hin auszurichten, aber der ältere Zeitgenosse konnte aus dem bemühten Arrangement nicht das einstige Hippie-Lebens-Gefühl von »Oh happy day« herausspüren. Hier praktizierte man nacktes *Framing* im *woken* Geiste – sonst nichts.

Heute, vier Jahre später, wächst in mir der Verdacht, dass dieses Werbespektakel so etwas wie eine Blaupause für das bald darauf einsetzende Coronaszenario darstellte. Das Muster »Wir sitzen alle in einem Boot« verrät aber eher etwas von dem Zwang, den Einzelnen in ein totalitäres Ganzes aufzuheben und dabei Grenzziehungen gegen alle vorzunehmen, die in die verordnete Fröhlichkeit nicht einstimmen.

Wir wollen dabei nicht einen ökonomischen Aspekt aus dem Auge verlieren: Die Transformation der Gesellschaft vollzieht sich ja seit Jahren im Wandel der Gestalt des Homo oeconomicus: Gegen den klassischen *Share-Holder*, der zuvor allein auf Gewinnmaximierung ausgerichtet war, setzt sich seit einigen Jahren ein neuer Agent des globalen Marktes durch: der *Stake Holder* – ausgestattet mit einer neuen Philosophie: Plötzlich stehen Werte wie Gemeinsinn, Moral, Nachhaltigkeit und globale Überhöhung des Politischen im Fokvus – und verdecken die wahren Absichten. Und ebenso plötzlich schwindet der Unterschied zwischen den Agenten an der Börse, der Antifa und – Gott sei's geklagt – den Grünen.



DW: PHILOSOPHISCHE PRAXIS

Wo kommt das her? Wo gehen die hin? Ist das noch Mensch? Darf ich noch hoffen? – Sprechstunde mit DW-Hausphilosoph Dr. Werner Köhne zu den großen Fragen des Alltags im Corona-Regime. Immer erreichbar montags 15 bis 21 Uhr unter

• 49 (0)162 / 63 60 112

FAKTEN-CHECK ZUM MEDIZIN-NOBELPREIS 2023

Welche Behauptungen das schwedische Nobelpreis-Komitee zur Begründung ihrer Entscheidung in die Welt setzten und warum diese falsch sind

Von Prof. Klaus Steger und Dr. Christof Schalhorn



Die »Leistung« der Medizin-Nobelpreisträger Karikó und Weissman besteht darin, die mRNA-Technologie gefährlicher gemacht zu haben. Foto: Videostill

Die Wissenschaftler Katalin Karikó und Drew Weissman wurden Anfang Oktober 2023 mit dem Medizinnobelpreis ausgezeichnet. Die beiden hatten für die Corona-Spritzen Forschung zur Verfügung gestellt.

An drei Stellen begründete das Komitee ihre Entscheidung: in einer Pressemitteilung vom 2. Oktober 2023, in einem Papier mit weiterführenden Informationen zum »wissenschaftlichen Hintergrund« auf der Internetseite der Nobel-Stiftung nobelprize.org und mündlich bei der Pressekonferenz des Stiftung am 2. Oktober 2023.

Dort geäußerte Kernaussagen, warum die Forschung von Katalin Karikó und Drew Weissmann preiswürdig sei, waren:

1. Aussagen zur mRNA-Technologie: »Karikó and Weissman zeigten, dass die Bereitstellung von mRNA, die mit Basenmodifikationen erzeugt wurde, die Proteinproduktion im Vergleich zu unmodifizierter mRNA deutlich erhöhte. (…) Durch ihre Entdeckungen, dass Basenmodifikationen sowohl Entzündungsreaktionen verminderten, als auch die Proteinproduktion steigerten, hatten Karikó und Weissman entscheidende Hindernisse auf dem Weg zu klinischen Anwendungen von mRNA beseitigt«, so das Nobel-Komitee.

Korrekt ist: Die Injektionen enthalten keine natürliche mRNA, sondern gentechnisch modifizierte modRNA, die die Produktion des viralen Spike-Proteins in Körperzellen kodiert. Zusammen mit der Verpackung in Lipid-Nanopartikel führt die Modifikation dazu, dass die mRNA

- eine verlängerte Lebenszeit aufweist;
- unspezifisch Zugang zu allen Zellen im Körper hat;
- nach Injektion nicht mehr beeinflusst werden kann wie viel Spike in welchen Zellen und für wie lange produziert wird und im Körper zirkuliert.

Indem die modRNA die Zellen zwingt, ein virales Protein zu produzieren, führt dies zur Zerstörung der Zellen durch das Immunsystem – worauf Weissman selbst hinwies – und zu zahlreichen anderen Schadeffekten. Daraus folgt: Die »Leistung« von Karikó and Weissman besteht darin, die Technologie gefährlicher gemacht zu haben.

2. Aussagen zur klinischen Studien: »Klinische Prüfungen, die parallel und nicht nacheinander abliefen, wodurch die für klinische Prüfungen benötigte Zeit erheblich verkürzt wurde und dennoch alle erforderlichen Schritte durchgeführt werden konnten« und »Es gab […] keinen Kompromiss bei den Sicherheitsmaßnahmen«, so das Nobel-Komitee.

Diese Aussagen sind falsch, weil Sicherheitseinbußen nachweislich resultieren:

– prinzipiell: aus Parallelisierung und Verkürzung von Präklinik und klinischen Studien von rund zehn auf ein Jahr;
– zusätzlich: aus der bedingten oder Notfall-Zulassung, deren Defizite nicht ausgeglichen wurden;
– zusätzlich: aus der juristischen Umdefinition der faktischen Gen- bzw. Zelltherapeutika zu Impfungen.

Es ist also folgerichtig, wenn es im Pfizer-Vertrag mit der Europäischen Union heißt, dass Wirksamkeit, nachteilige Auswirkungen und Langzeitwirkungen »derzeit nicht bekannt sind.«

3. Aussagen zur Effektivität: »Die Impfstoffe haben Millionen von Menschenleben gerettet und verhinderten schwere Erkrankung von vielen weiteren […].«, »Folgestudien zeigten, dass die serologischen Reaktionen relativ kurzlebig waren, und […] zusätzliche Auffrischungsimpfungen den Schutz erheblich verbesserten, insbesondere gegen die infektiösere Omikron-Variante«, so das Nobel-Komitee.

Diese Behauptungen einer ausreichenden Effektivität sind falsch, weil

– die Schätzungen zu Millionen geretteter Menschleben methodische Fehler aufweisen;
– ein Schutz eingestandenermaßen nur kurzlebig ist;
– das Nutzen-Schaden-Verhältnis angesichts anderer Schutzmethoden sowie in Relation zu den Nebenwirkungen für fast alle Menschen negativ ist.

4. Aussage zur Sicherheit: »Sie (die Wirksubstanz der Spritzen) kann nicht in den Zellkern, in die DNA, integriert werden«, so das Nobel-Komitee.

Falsch, weil

– modRNA auch ohne reverse Transkriptase (via LINE1-Elemente) in DNA rückgeschrieben und in das Genom eingebaut werden kann; inzwischen mehrere Labore weltweit hochgradige Verunreinigungen durch bakterielle Plasmid-DNA nachgewiesen haben.

5. Aussagen zu den Nebenwirkungen: »Schwerwiegende Nebenwirkungen [waren] bei den beiden zugelassenen mRNA-Impfstoffen außergewöhnlich selten« und »Bei den festgestellten unerwünschten Wirkungen handelt es sich meist um Myokarditis oder Perikarditis, wovon hauptsächlich junge Männer betroffen sind. Aber das löst sich normalerweise ohne Langzeitfolgen auf«, meint das Nobel-Komitee.

Falsch, weil

– es eine Vielzahl von offiziell (maximal 10 Prozent) gemeldeten Nebenwirkungen gibt,
– die zum neuen Krankheitsbild »Spikeopathie« führten;
– seit Beginn der Impfkampagne 2021 eine nachweisliche Übersterblichkeit zu verzeichnen ist (siehe Grafik unten).

FAZIT

Mit der Verleihung des Medizin-Nobelpreises 2023 wurde das Vertrauen in unabhängige Wissenschaft massiv und langfristig beschädigt. Das Nobelpreis-Komitee ignorierte nicht nur wissenschaftliche Fakten, sondern zeigte mit seinen nicht begründbaren Behauptungen ein fehlendes Verständnis von evidenzbasierter Medizin. Dabei machte die Aussage, die injizierte mRNA verbleibe nur für kurze Zeit im Körper, die Nobelpreis-Verleihung schließlich zur Farce. Ist es doch gerade die Leistung der nun ausgezeichneten Wissen- schaftler, der mRNA durch die Umwandlung in modRNA zu ihrer Langlebigkeit verholfen zu haben – mit allen bekannten Risiken.

Ein weiterer Skandal ist, dass Preisträger und Impfstoffhersteller massive Interessenskonflikte haben, die nicht offengelegt wurden. So pflegt Moderna seit 2014 eine Kooperation mit dem Karolinska-Institut und war Mitsponsor des diesjährigen Nobelpreises. Katalin Karikó war von 2013 bis 2022 Vizepräsidentin bei BioNTech und Drew Weissman arbeitete als Arbeitsgruppenleiter bei Anthony Fauci, dem früheren Chef des National Institutes of Health (NIH). Als zur »Impfung« umdeklarierte Gentherapie für gesunde Menschen stellt die RNA-Technologie eine große Gefahr dar. Das muss allen beteiligten Personen bekannt gewesen sein.

Dieser Faktencheck erschien am 9. November 2023 auf der Internetseite des unabhängigen Wissenschaftlerverbandes mwgfd.org. Er wurde von Prof. Dr. Klaus Steger, Molekularbiologe, Universität Gießen und Dr. Christof Schalhorn, Experte für Medizinprodukte verfasst. Dort ist auch eine erweiterte Analyse mit Falschaussagen des Nobel-Komitees zu finden, ebenso die Quellenangaben. Wir drucken ihn aus Gründen der historischen Dokumentation ab.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Sterbefallzahlen Deutschland

	2019	2020	2021	2022	2023
Jan.	85.105	84.980	106.803	89.655	99.647
Feb.	81.009	80.030	82.191	82.781	83.293
Mär.	86.739	87.396	81.901	93.872	95.160
Apr.	77.410	83.830	81.877	86.234	84.814
Mai	75.669	75.835	80.876	81.889	82.237
Jun.	73.483	72.159	76.836	79.599	76.764
Jul.	76.926	73.795	76.704	86.081	75.103
Aug.	73.444	78.742	86.658	86.507	77.699
Sep.	71.022	74.243	77.931	81.043	75.441
Okt.	77.006	79.781	85.080	94.444	83.540
Nov.	78.378	85.989	93.915	89.028	
Dez.	83.329	108.792	103.171	115.057	
insgesamt	939.520	985.572	1.023.687	1.066.341	833.166

WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Oben sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 mit ein, hatten wir 2020 sogar eine Untersterblichkeit.

Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit an. Ebenso zeichnen sich ab 2021 die Schäden der »Corona-Maßnahmen« ab. Im Herbst 2022 und dem Winter 2022/23 wird sogar ein Anstieg der Sterblichkeit von bis zu 20 Prozent verzeichnet. Der Grund: Die Injektionen.
Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

MELDUNG

IMMER MEHR UNTERNEHMEN SOLLEN CORONA-SOFORTHILFEN ZURÜCKZAHLEN

Berlin/DW. Während der »Pandemie« sollten die Corona-Hilfen vielen Unternehmen und Soloselbstständigen als Rettungsanker dienen. Doch das damals geschnürte Paket mit dem Ziel der Existenzsicherung erweist sich aus heutiger Sicht für viele als ein *Fake*. Bund und Länder fordern die Soforthilfen jetzt zunehmend teilweise oder sogar komplett zurück. Dies berichtet der *NDR*. Die *Ostsee-Zeitung* zitiert einen Selbstständigen aus Wismar mit den Worten: »Wir wurden verarscht!« (kmü)

Tagesschau distanziert sich von Fake-News

und die Ampelregierung ist bankrott – Neues aus Absurdistan: Der satirische Wochenrückblick | Von Klaus Müller

Liebe Leser, ich muss Sie warnen, es kursieren manipulierte *Tagesschau*-Nachrichten! Nichts Neues, gibt es doch schon seit Jahren, würden mir nun sicher viele entgegnen. Aber es ist das erste Mal, dass die *Tagesschau* selbst davor warnt. Damit meint sie jedoch nicht ihre eigenen *Fake-News*. Kriminelle, so heißt es in den empörten *Mainstream*-Medien, hätten sich Künstliche Intelligenz zunutze gemacht und Audio-Dateien gefälscht, in denen ein *Tagesschau*-Sprecher – mal Jens Riewa, mal Susanne Daubner – um Verzeihung bitten: »Guten Abend, meine Damen und Herren. Ich begrüße Sie zur *Tagesschau*. Heute möchten wir uns bei Ihnen entschuldigen. Seit über drei Jahren lügen wir Ihnen dreist ins Gesicht.« Demnach habe die *Tagesschau* beispielsweise gelogen, als sie »anständige Bürger aus der Mitte der Gesellschaft als Rechtsextreme, Reichsbürger oder Corona-Leugner denunzierte«.

Der *Deutschlandfunk* schreibt dazu: »Klingt wie die *Tagesschau*, ist aber *Fake*.« Verstehe ich nicht so ganz. Müsste es nicht eher heißen: »Klingt wie die *Tagesschau* und ist auch *Fake*«? Nun, statt sich von dieser Fälschung zu distanzieren, hätte der ÖRR die Gelegenheit beim Schopfe packen und sich wirklich mal entschuldigen können. Ist schon lange, lange überfällig. Man denke neben den vielen Corona-Lügen und Diffamierungen nur an die stromerzeugenden Fernseher aus Afrika, 18.500 Fukushima-Tote, den Sprengstoff in Form von Pflanzen... Nicht zu vergessen, die »zufälligen Passanten«, die auch schon mal aus dem eigenen Produktionsteam stammen können. Aber da ich kein Schwurbler bin, ist mir bewusst: Zu einer derartigen Entschuldigung wird es niemals kommen. Stattdessen geht das Spiel einfach weiter: ÖRR und Konzernmedien wissen, dass sie lügen. Wir wissen, dass sie lügen. Sie wissen, dass wir wissen, dass sie lügen. Wir wissen, dass sie wissen, dass wir wissen, dass sie lügen. Und trotzdem lügen sie weiter. Oder sie manipulieren, zum Beispiel durch Weglassen.

Oder sie berichten völlig einseitig, hetzen und vorverurteilen – und wundern sich dann auch noch, wenn sie ausgesperrt werden. Die AfD Thüringen wollte das *ARD*-Magazin *Monitor* offenbar nicht vom Parteitag (gestern nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe) berichten lassen, was Redaktionsleiter Georg Restle auf X als »Offenbarungseid« bezeichnete. Dies zeige, was die Partei – Achtung – »von kritischem Journalismus« halte. Würde man so »kritisch« doch mal über die grüne Sekte berichten. Auch die *Deutsche Presse-Agentur* jammert, dass sie für die Solotour von Rammstein-Sänger Till Lindemann keine Akkreditierung erhielt.

Der *Focus* berichtet derweil, dass derzeit sechs Corona-Varianten im Umlauf seien. Was die Kollegen aber nicht schreiben: Bei »Ungeimpften« sind bis heute noch immer keine Nebenwirkungen aufgetreten. Das Nichtspritzen der Stoffe war also tatsächlich sicher und effektiv. Wie ich zuletzt bereits schrieb: Die Corona-Zahlen steigen angeblich wieder massiv an. Wird also Zeit, dass es wieder Corona-Ticker und *ARD-Brennpunkte* zu dem Thema gibt. Der *MDR* legt schon mal vor und schreibt in einem *Online*-Artikel vom 13. November: »Nestschutz: Nur Corona-Impfungen während der Schwangerschaft helfen Babys.« Werdende Mütter sollen demnach »schützende Antikörper gegen Corona an ihre Kinder übertragen« können, »wenn sie sich während der Schwangerschaft« spritzen lassen.



Demokrat macht die Sache klar. Foto: Gerogi Belickin

Dieser Rat ist vor allem deshalb besonders wertvoll, weil ja schon lange bekannt ist, dass vor allem Babys ein extrem hohes Risiko für einen schweren Verlauf haben, gell? Ist schon amüsant zu sehen, mit welcher Kreativität Politik, ÖRR und Konzernmedien versuchen, die Spritzen weiterhin unters Volk zu bringen.

Die Bundesregierung bekommt immer mehr Probleme. Vor dem Bundesverfassungsgericht musste sie nun eine herbe Schlappe einstecken, denn es erklärte den Nachtragshaushalt 2021 für verfassungswidrig. Die Regierung wollte zur Bekämpfung der Corona-Krise gedachte Gelder für den Klimaschutz nutzen. Ein letztes Zucken des Rechtsstaates? Ich stimme da eher meinem DW-Kollegen Gordon Pankalla zu, der spekulierte auf Telegram, dass den Verfassungsrichtern beim letzten gemeinsamen Abendessen mit der Regierung »wohl der Pudding« nicht geschmeckt habe. Durch das Urteil entsteht nun ein 60-Milliarden-Euro-Loch. Im Juni noch sagte Insolvenzminister Robert Habeck über ein mögliches Urteil aus Karlsruhe: »Das würde uns hart, hart treffen. Wahrscheinlich so hart, dass wir das nicht bestehen werden.« Hoffen wir, dass er recht behält. Die Daumen sind fest gedrückt.



Klaus Müller war viele Jahre als Sport- und Musikredakteur tätig, arbeitet seit 15 Jahren als freiberuflicher People-Journalist.



GESETZ MIT SCHLUPFLÖCHERN

KOLUMNE MEDIEN

Von Prof. Michael Meyen

Unbemerkt von Öffentlichkeit und Medienkritik hat der Gesetzgeber den Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks aufgeweicht. Seit Juli haben die Anstalten einen Freibrief, wenn sie Gegenstimmen zum Regierungskurs ignorieren.

Ich gebe zu: Diese Änderung ist mir durchgerutscht. Als es im Frühjahr in einem Seminar um den Medienstaatsvertrag ging, habe ich die Fassung vom November 2020 lesen lassen. Artikel 26: Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Absatz 2 nennt vier Grundsätze. Objektivität und Unparteilichkeit, Meinungsvielfalt und Ausgewogenheit. Damit lässt sich arbeiten. Wenn die Redaktionen das liefern würden, was das Gesetz hier verlangt, dann hätten wir kein Problem.

Die neue Fassung war im Frühjahr bereits da. Ich dachte: Mein Gott, dieser Staatsvertrag ist fast jedes Jahr geändert worden. Wird schon nicht so dramatisch sein. Und wenn doch, hätte es irgendwo einen Aufschrei gegeben. Pustekuchen. Objektivität und Unparteilichkeit stehen immer noch in Artikel 26, aber der Rest wurde umgeschrieben.

Der neue Auftrag: »eine möglichst breite Themen- und Meinungsvielfalt ausgewogen darstellen«. Und: All das diene »allein dem öffentlichen Interesse; subjektive Rechte Dritter werden dadurch nicht begründet«.

Juristendeutsch, okay. Ich übersetze: Wo früher Meinungsvielfalt verlangt wurde,



Dieser Demokrat beharrt auf der Verfassung, wo die Politkaste für sich selbst passende Gesetze macht. Foto: Georgi Belickin/DW

wird heute dreifach eingeschränkt. Punkt eins: »möglichst breit«. Also nicht alle. Punkt zwei sagt, wer bestimmt, was wegfällt – das »öffentliche Interesse«. Das kennen im Zweifel nur der Kanzler und seine Leute. Punkt drei setzt noch einen drauf. Hört auf mit den Beschwerden, liebe Leute.

Wir versprechen zwar Vielfalt und das sogar »möglichst breit«, aber wenn eure Themen und eure Sicht der Dinge unter den Tisch fallen, dann hat das nichts zu sagen. Wir kennen keine »subjektiven Rechte Dritter«. Auf dieses Sprachungetüm muss man erstmal kommen.

Ich habe mir ja vorgenommen, in dieser Kolumne optimistisch zu bleiben. Maren Müller von der Publikumskonferenz, Volker Bräutigam und Friedhelm Klinkhammer, der *Leuchtturm ARD*: Sie alle können durchatmen. Das Programm bleibt zwar, wie es ist, aber wir haben jetzt mehr Klarheit. Um Meinungsvielfalt ging es nie.

Michael Meyen, geboren 1967 auf Rügen, ist Diplom-Journalist und Professor für Kommunikationswissenschaft in München.



Foto: Georgi Belickin.

KLAR DÜRFT IHR DEMONSTRIEREN, ABER ...

Wie die Versammlungsfreiheit zunehmend eingeschränkt wird

Von Gordon Pankalla

Die Antisemitismusbeauftragte von Nordrhein-Westfalen, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP), machte am 13. November 2023 einen weitreichenden Vorstoß.

»Wenn eine Versammlung in Nordrhein-Westfalen angemeldet wird, so muss geprüft werden, wie die Staatsangehörigkeit des Anmelders ist, denn das ist eines der wenigen Grundrechte, das nur Deutschen zusteht«, so Leutheusser-Schnarrenberger in der *WDR*-Sendung *Westpol*. Schon kurz darauf ruderte Leutheusser-Schnarrenberger zurück. Sie plädiere keineswegs dafür, das Versammlungsrecht nur Deutschen zuzugestehen.

»Natürlich haben Ausländer ein Versammlungsrecht«, betonte sie gegenüber der Presseagentur dpa. Es gehe ihr lediglich darum, dass im Vorfeld intensiver geprüft werde, wer eine Versammlung anmeldet und ob es Verbindungen zu verbotenen Organisationen oder Hinweise auf frühere antisemitische oder ähnlich problematische Äußerungen gebe. »Und da kann natürlich auch mal ein Migrationshintergrund eine Rolle spielen«, meint die FDP-Frau. »Aber doch nicht in dem Sinne, dass sie kein Versammlungsrecht haben, sondern dass das in der Prüfung bei einer Anzeige einer Versammlung eben von der Polizei mit in den Blick genommen werden muss.«

DEMOANMELDER SOLLEN SYSTEMATISCH AUSSPIONIERT WERDEN

Dieses Vorgehen kennen wir bereits von den Demonstrationen der Demokratiebewegung. Je nachdem wer eine Demo anmeldet, wird inzwischen im Vorfeld geprüft, ob eine solche Demonstration genehmigt wird oder nicht – wir erinnern uns an das Demoverbot vom 31. August 2021 in Berlin, obwohl eine Woche zuvor noch der Christopher Street Day (CSD) in Berlin stattgefunden hatte. Beim CSD wurde massenhaft gegen Auflagen verstoßen, dennoch schritt die Polizei nicht ein – ganz anders als bei den Versammlungen der Demokratiebewegung. Es wird also immer deutlicher, dass in Deutschland zwischen guter und böse Demo unterschieden wird.

Waren es vor zwei Jahren noch die Coronamaßnahmengegner, die man nicht auf den Straßen sehen wollte, sind es heute Menschen, die für Palästina auf die Straße gehen wollen, denen man dieses Recht bereits im Vorfeld abschneiden will.

Leutheusser-Schnarrenberger berief sich bei ihrem Vorstoß auf Artikel 8 des Grundgesetzes. Hier heißt es: »Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.« Schnarrenberger sah ihren Vorstoß als Möglichkeit an, »mal im Vorhinein ein Verbot auszusprechen, was insgesamt bei Versammlungen bei unserem Versammlungsrecht sonst schwierig ist«.

EINSCHRÄNKUNG DER MEINUNGSFREIHEIT

Und während man bereits über Demoverbote diskutiert, trafen sich die Justizminister am 10. November 2023 in Berlin zu ihrer jährlichen Herbstkonferenz und diskutierten über die Schließung von vermeintlichen Gesetzeslücken im Strafrecht. Es ging um Paragraph 130 des Strafgesetzbuches (StGB), den sogenannten Volksverhetzungsparagraphen. Das Strafrecht müsse »den Gefährdungen des öffentlichen Friedens, die sich aus der Leugnung des Existenzrechts des Staates Israel ergeben können, ausreichend Rechnung tragen«, so die Justizminister.

Interessant ist dabei der neue Formulierungsvorschlag zum Paragraph 130 StGB, in dem auch Behinderungen, die sexuelle Orientierung, die geschlechtliche Identität oder ein vergleichbares Merkmal aufgenommen werden soll. Mit Blick auf die Volksverhetzung fordert die Union, Antisemitismus künftig zu einem besonders schweren Fall zu machen – die Folge: mindestens sechs Monate Freiheitsstrafe. Hessens CDU-Justizminister Roman Poseck forderte, auch die Leugnung des Existenzrechts Israels unter Strafe zu stellen.

Prof. Dr. Matthias Jahn, Strafrechtsprofessor an der Goethe-Universität in Frankfurt bewertet das Vorgehen der Regierungen jedoch kritisch. Es gebe keinen neuen Regelungsbedarf. »Dass es Lücken gibt, die sich mit dem geltenden Recht nicht schließen lassen, halte ich empirisch für mindestens fraglich«, so Jahn im klassischen Juristendeutsch. Nach seiner in Jahrzehnten erworbenen Erfahrung als Revisionsrichter lasse sich antisemitische Hetze schon jetzt mit dem bestehenden Paragraphen als Volksverhetzung erfassen. Und wo der Paragraph 130 Strafgesetzbuch (StGB) bislang nicht greife, habe dies gute Gründe.



Gordon Pankalla ist Demokrat und Rechtsanwalt in der Stadt Köln.

MELDUNG

MEHRHEIT WILL ENDE DER AMPEL

Berlin/DW. Die Unzufriedenheit der Bürger mit der Bundesregierung nimmt weiter zu. Laut einer Umfrage für das *ARD-Morgenmagazin* sind 57 Prozent der Deutschen für ein vorzeitiges Ende der Ampel-Koalition. Immerhin 41 Prozent fordern sogar vorgezogene Neuwahlen. Nur 32 Prozent der Befragten wünschen sich, dass die Koalition bis zum regulären Ende der Wahlperiode weitermachen solle. (kmü)

PARTEIEN GENEHMIGEN SICH MEHR GELD

Berlin/DW. Die Bürger sollen sparen, die Politiker des Landes kriegen den Hals dagegen nicht voll genug. Der Bundestag regelt die Parteienfinanzierung neu. Anders formuliert: Die Parteien haben sich ihre Staatszuschüsse selbst erhöht. Nur die AfD war dagegen. Wie *Tichys Einblick* berichtet, erhalten die Apparate künftig pro Jahr bis zu 185 Millionen Euro, pro Legislaturperiode sind das rund 740 Millionen Euro. Dem Nachrichtenportal zufolge heißt das, dass weit mehr als 6.000 Menschen bei uns jedes Jahr nur für die Parteien anschaffen gehen. Mit der Neuregelung umgehen die Parteien nach Lage der Dinge zudem ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts und ersparen sich somit horrende Rückzahlungen. (kmü)

LINKSFRAKTION BESCHLIESST EIGENE AUFLÖSUNG

Berlin/DW. Die Linksfraktion im Bundestag hat ihre Auflösung zum 6. Dezember 2023 beschlossen. Dies teilten die Fraktionsmitglieder am Dienstag mit. Hintergrund ist der Austritt der ehemaligen Fraktionschefin Sahra Wagenknecht sowie neun weiterer Abgeordneter aus der Partei. Ohne diese verliert die Linksfraktion ihre Mindestgröße von 37 Abgeordneten. Sahra Wagenknecht wird bekanntlich Anfang 2024 eine Konkurrenzpartei gründen und schlägt Amira Mohamed Ali als Vorsitzende ihrer Partei vor. Für Coronamaßnahmenkritiker dürfte die neue Wagenknecht-Partei demnach nicht wählbar sein: Die designierte Parteichefin forderte Anfang 2022 eine Beschleunigung der Spritzenkampagne und die Ausweitung der PCR-Testkapazitäten. (kmü)

WARUM WEITERE MILLIARDEN VERGEUDEN?

Berlin/DW. Die Rede von einer schlecht ausgestatteten Bundeswehr ist laut den Ergebnissen einer Studie des Internationalen Zentrums für Konfliktforschung (BICC) der Universität Bonn eine Lüge. »Die Bundesrepublik ist entgegen allen Behauptungen nicht verteidigungsunfähig«, so die Autoren der Studie. Die Forscher sehen die deutsche Armee bei den Faktoren Ausrüstung und Einsatzbereitschaft etwa gleichauf mit den europäischen Nato-Verbündeten in Europa, die Hauptwaffensysteme seien sogar »deutlich moderner als die der beiden Nato-Partner«. »Die Bundeswehr wurde weder kaputtgespart, noch ist Deutschland nicht in der Lage, einen vergleichbaren Beitrag zur Bündnisverteidigung zu leisten wie die beiden ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates«, geben die Forscher zu Protokoll. Zuletzt hatte Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) milliardenschwere massive Kraftanstrengungen in Armee und Gesellschaft gefordert, um »wehrtüchtig« zu werden. (hes)



Leuchtturm ARD - ORF - SRG

BERLIN: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Masurenallee
BRANDENBURG: Mittwoch 15.00 • Märkische AZ • Neustädt. Markt
BREMEN: Donnerstag 17.00 • Radio Bremen • Am Markt 2
DESSAU: Montag 18.00 • Mitteldt. Zeitung • An der Friedensglocke
DORNBIRN - A: Donnerstag ab 14 • ORF Vorarlberg • Rundfunkplatz 1
DRESDEN: Montag 19.00 • MDR Regional • Kulturpalast
FRANKFURT: Donnerstag ab 15 • HR Studio • Bertramstr. 8
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Studio • Rothenbaumchaussee 132
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Tagesschau • Hugh-Greene-Weg 1
HANNOVER: Donnerstag ab 17 • NDR Funkhaus • Rudolf-v.-Bennigsen Ufer 22
HEIDELBERG: Montag 18.00 • SWR Regional • Bimarckplatz
KASSEL: Mittwoch 11.30 • Radio FFH • Friedrich-Ebert-Str. 46
KIEL: Donnerstag 16.00 • NDR Studio • Schlossplatz 3
KONSTANZ: Montag 18.00 • SWR Regional • Münsterplatz
KÖLN: Donnerstag 17.00 • WDR Studio • Appellhofplatz 1
LEIPZIG: Montag 19.00 • MDR Sachsen • Augustusplatz
LÜBECK: Montag 17.45 • NDR Media • Docks Behnkai
MAGDEBURG: Montag 18.00 • MDR Sachsen • Eulenspiegelbrunnen
MÜNCHEN: Mittwoch ab 19 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5
PLAUEN: Montag 17.00 • MDR Regional • Wendedenkmal
POTSDAM: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20
SAARBRÜCKEN: Donnerstag ab 16 • SR Saarland • St.-Johanner-Markt
SCHÄRDING – A: Dienstag 19.00 • Bezirksrundschau • Schiffsanlegestelle
SCHWEINFURT: Sonntag 18.00 • BR Regional • Am Marktplatz
SCHWERIN: Donnerstag ab 15 • NDR Landesstudio • Schlossgartenallee 61
SIEGEN: Montag 18.00 • WDR Regional • Jakob-Schreiner-Platz
INNSBRUCK – A: Freitag 15.00 • Tiroler Tagesz. • Rennweg 3, Dr. Markus Krall
WIESBADEN: Samstag 13.00 • Wiesb. Kurier • Schulgasse/Neugasse
Wolfsburg Samstag ab 11 Wolfsb. Nachr. Hugo-Borg-Platz
Zeltweg – A Montag 18.00 Steirer Kronenzeit. Hauptstr. 16

IMMER MONTAGS!

ALFDORF, 18 Uhr, am Rathaus – ANNABERG, 19 Uhr, am Markt – BAD LOBENSTEIN, 19 Uhr, am Marktplatz – BERLIN-KARLSHORST, 18:30 Uhr, Treskowallee Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – COBURG, 18 Uhr, am Rathaus – DINGELSTÄDT, 19 Uhr, am Rathaus – DOMBÜHL, 18:30 Uhr, am Marktplatz – EICHSTETTEN, 18 Uhr, am Rathaus – ELLWANGEN, 18 Uhr, vor dem Rathaus – FRANKENBERG, 19 Uhr, am Markt – FRICKINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – GAMMERTINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – GANDERKESEE, 18 Uhr, am Rathaus – HAFFKRUG, 18 Uhr, Seebrücke – HALBERSTADT, 19 Uhr, am Domplatz – ILLINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – JENA, 19 Uhr, am Holzmarkt – KAUFERING, 18 Uhr, am Bahnhof – KÖNIGSWINTER, 18 Uhr, am Rathaus – LANDSHUT, 18:30 Uhr, am alten Markt – LANGENSELBOLD, 18 Uhr, am Marktplatz – LANGENSTEINBACH, 18 Uhr, am Rathaus – MAMMENDORF, 18 Uhr, am Rathaus – MARQUARTSTEIN, 18 Uhr, am Rathaus – MUNDERKINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – NEUMÜNSTER, 18 Uhr, am Rathaus – OCHSENFURT, 18 Uhr, am Rathaus – OSTERRÖNFELD, 17:30 Uhr, am Bürgerzentrum – PAUNZHAUSEN, 19 Uhr, am Rathaus.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Termin	Ort	Art
Sa, 18.11.2023 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 18.11.2023 11-16:50 Uhr	Berlin, P&R Pankow-Heinersdorf	Autokorso
Sa, 18.11.2023 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 18.11.2023 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 18.11.2023 15-18 Uhr	Frankfurt, Bockenheimer Anlage	Friedensdemo
Sa, 18.11.2023 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 18.11.2023 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 18.11.2023 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 18.11.2023 11-13 Uhr	Minden, an der Martinitreppe beim Rathaus	Demo
Sa, 18.11.2023 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang
So, 19.11.2023 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mo, 20.11.2023 19-20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 20.11.2023 19-20:30 Uhr	Amberg, Am Markt	Spaziergang
Mo, 20.11.2023 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz7.20	Spaziergang
Mo, 20.11.2023 18-20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 20.11.2023 19-21 Uhr	Bad Bergzabern, am Schloss	Spaziergang
Mo, 20.11.2023 18-21 Uhr	Bad Homburg, Rathausvorplatz	Spaziergang
Mo, 20.11.2023 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 20.11.2023 18-20 Uhr	Bad Reichenhall, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 20.11.2023 18-19 Uhr	Balingen, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 20.11.2023 18-21 Uhr	Bautzen, Kornmarkt	Mahnwache
Mo, 20.11.2023 19-20 Uhr	Bayern, Florian-Geyer-Brücke	Spaziergang
Mo, 20.11.2023 19-20:30 Uhr	Bayern, Marktoberdorf am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 20.11.2023 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 20.11.2023 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskow Apotheke	Spaziergang
Mo, 20.11.2023 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee- am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 20.11.2023 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 20.11.2023 18-20 Uhr	Bernau, Rathaus	Demoaufzug
Mo, 20.11.2023 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 20.11.2023 16-18 Uhr	Brandenburg an der Havel, auf dem Märkischen Platz	Schilderdemo
Mo, 20.11.2023 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 20.11.2023 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 20.11.2023 19-21 Uhr	Dinslaken, am Rittertor	Spaziergang
Mo, 20.11.2023 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 20.11.2023 18-21 Uhr	Eberswalde, im Bildungszentrum, Puschkinstr.13	3. Runder Tisch Corona Aufarbeitung
Mo, 20.11.2023 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 20.11.2023 18:30-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 20.11.2023 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 20.11.2023 18-19 Uhr	Erkner, Friedrichstr./Ecke Kirchweg	Umzug
Mo, 20.11.2023 18-20 Uhr	Falkensee, alte Stadthalle	Spaziergang
Mo, 20.11.2023 18-20:30 Uhr	Frankfurt am Main, Konstablerwache	Spaziergang
Mo, 20.11.2023 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 20.11.2023 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 20.11.2023 19-21 Uhr	Greifswald, am Markt	Demo
Mo, 20.11.2023 19-21 Uhr	Hamburg, Blankeneser Marktplatz	Spaziergang
Mo, 20.11.2023 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 20.11.2023 18-20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 20.11.2023 18:30-20 Uhr	Heidelberg, am Bismarckdenkmal	Spaziergang
Mo, 20.11.2023 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 20.11.2023 18-19:30 Uhr	Jülich, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 20.11.2023 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 20.11.2023 18-21 Uhr	Kaufungen, am Kreisel	Spaziergang
Mo, 20.11.2023 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 20.11.2023 18-20 Uhr	Konstanz, Münsterplatz	Demoaufzug
Mo, 20.11.2023 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 20.11.2023 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 20.11.2023 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 20.11.2023 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 20.11.2023 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 20.11.2023 18-19 Uhr	Leipzig, Augustusplatz	Spaziergang
Mo, 20.11.2023 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 20.11.2023 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 20.11.2023 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 20.11.2023 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 20.11.2023 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 20.11.2023 18:30-21 Uhr	Mindelheim, Maximilian Straße 26	Spaziergang
Mo, 20.11.2023 19-20:30 Uhr	Naumburg, Vogelwiese	Spaziergang
Mo, 20.11.2023 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 20.11.2023 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 20.11.2023 18-20 Uhr	Oldenburg, Rathausmarkt	Spaziergang
Mo, 20.11.2023 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 20.11.2023 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 20.11.2023 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 20.11.2023 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 20.11.2023 18-21 Uhr	Reinheim, Stadtpark	Spaziergang
Mo, 20.11.2023 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 20.11.2023 18-20 Uhr	Rotenburg an der Fulda, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 20.11.2023 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 20.11.2023 18-20 Uhr	Salzwedel, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 20.11.2023 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 20.11.2023 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 20.11.2023 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 20.11.2023 18-20 Uhr	Siegen, Jakob-Scheiner-Platz	Spaziergang
Mo, 20.11.2023 18:45-20:15 Uhr	Solingen, Am Neumarkt	Spaziergang
Mo, 20.11.2023 18-19 Uhr	Spremberg, Nettoparkplatz	Spaziergang
Mo, 20.11.2023 17:30-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 20.11.2023 18-21 Uhr	Stralsund, Olof-Palme-Platz	Kundgebung und Aufzug
Mo, 20.11.2023 18-19 Uhr	Sulz am Neckar, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 20.11.2023 18-20 Uhr	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 20.11.2023 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 20.11.2023 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 20.11.2023 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 20.11.2023 19-20:30 Uhr	Weimar, Theaterplatz	Demo
Mo, 20.11.2023 17:30-19 Uhr	Werder(Havel), Plantagenplatz	Spaziergang
Mo, 20.11.2023 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 20.11.2023 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 20.11.2023 18:30-21 Uhr	Wolfenbüttel, am Rathaus	Spaziergang
Mo, 20.11.2023 19-20 Uhr	Würselen, Morlaixplatz	Spaziergang
Mo, 20.11.2023 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 21.11.2023 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 21.11.2023 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 21.11.2023 18-20 Uhr	Varel, Rathaus	Spaziergang
Di, 21.11.2023 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang
Di, 21.11.2023 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 22.11.2023 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 22.11.2023 18:30-21 Uhr	Huckarde, am Marktplatz	Spaziergang
Mi, 22.11.2023 17-19 Uhr	Landshut, Martinikirche	Andacht
Mi, 22.11.2023 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 22.11.2023 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 22.11.2023 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 22.11.2023 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Mi, 22.11.2023 19-20:30 Uhr	Neckartailfingen, Schulhof Liebenauschule	Spaziergang
Mi, 22.11.2023 18-20 Uhr	Obernkirchen, am Marktplatz	Demo
Mi, 22.11.2023 19-20:30 Uhr	Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Mi, 22.11.2023 18-21 Uhr	Zwickau, auf dem Hauptmarkt	Kundgebung
Do, 23.11.2023 18-21 Uhr	Baunatal, am Marktplatz	Spaziergang
Do, 23.11.2023 18-20 Uhr	Bebra, Rathausmarkt	Spaziergang
Do, 23.11.2023 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 23.11.2023 18-21 Uhr	Demmin, Am Marienhain	Demo
Do, 23.11.2023 15-18 Uhr	Frankfurt, Bertramstr. 8	Mahnwache
Do, 23.11.2023 17:30-19 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 23.11.2023 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 23.11.2023 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 23.11.2023 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 23.11.2023 19-21 Uhr	Warstein, am Rathausplatz auf der Treppe	Dialog
Fr, 24.11.2023 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 25.11.2023 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 25.11.2023 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 25.11.2023 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 25.11.2023 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 25.11.2023 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 25.11.2023 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 25.11.2023 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Sa, 25.11.2023 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
Mo, 4.12.2023 17-20 Uhr	Darmstadt, Ludwigsplatz	Mahnwache
Mi, 6.12.2023 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de • NEWSLETTER ABONNIEREN



DIE KRAFT DER MUSIK

KOLUMNE FREUND UND HELFER

Von Thomas Willi Völzke

Das Menschsein wird besonders geprägt durch die Kultur. Grund genug, in einer aufgeregten Zeit wieder einmal etwas für die Seele zu tun.

Anfang November besuchte ich ein Konzert des Landesjugendjazzorchesters Brandenburg (LaJJazzO). Es musizierten Menschen im Alter von zwölf bis 19 Jahren in einer Weise, die schon als professionell zu bezeichnen ist. Der Leiter der Musiker erklärte zwischendurch, mit welcher Motivation und Investition an Zeit die Jugendlichen sich auf die Konzertreihe vorbereitet hätten. Diese musikalisch begabten Menschen schafften es, die rund 200 Konzertbesucher zu begeistern. Für rund zwei Stunden waren besorgniserregende Themen ausgeblendet.

So gingen auf dem Heimweg meine Gedanken auch hin zum berühmten West-Eastern Divan Orchester, deren Konzerte in der Berliner Waldbühne ich mehrmals besuchte. Dieses Symphonieorchester waa 1999 gegründet worden und besteht aus israelischen und arabischen Musikern, die größtenteils europäische Klassik spielen. Geleitet wird das Orchester von ihrem Mitbegründer Daniel Barenboim. Im Juni 2014 sagte dieser in einem Gespräch im Deutschlandradio Kultur unter anderem: »Es gibt keine militärische Lösung für den israelisch-palästinensischen Konflikt, eigentlich auch nicht eine politische, sondern nur eine menschliche.Wir haben keinen Konsens im Orchester über die politische Situation. Wir suchen ihn auch nicht. Es reicht mir, dass jedes Mitglied des Orchesters neugierig ist über den anderen, versucht, die Logik seiner Erzählung zu verstehen, besonders wenn er damit nicht einverstanden ist.«

Wenn in einer Zeit vor »Kriegsmüdigkeit« gewarnt und zudem appelliert wird, dass wir kriegstüchtig werden sollen, sehe ich das Juwel der Kultur mit all seinen Facetten auch in Deutschland verblassen. Der zwölfjährige Posaunist des LaJJazzO hat klare Vorstellungen von seinem Leben. Und der Konzertmeister des West-Eastern Divan Orchesters hat schon einen Termin im Kalender notiert: 9. August 2024. Anlässlich des 25-jährigen Jubiläums des Orchesters spielt es wieder in der Waldbühne.

Es ist ja nur so ein Gedanke: Es kommen diejenigen zum Konzert, die derzeit direkt oder im Hintergrund als Profiteure an der Eskalation mitwirken. Musik kann berührend wirken und eine andere Orientierung geben. Barenboim sagte es am 15. Oktober 2023 treffend im Tagesspiegel: »Wir beginnen und enden alle noch so kontroversen Diskussionen mit dem grundsätzlichen Verständnis, dass wir alle gleichwertige Menschen sind, die Frieden, Freiheit und Glück verdienen.«

Informationen zu den Polizisten für Aufklärung und weitere Texte finden Sie unter www.echte-polizisten.de



Der Sänger SchwrzVyze erlitt am 9. November 2023 eine polizeiliche Hausdurchsuchung, weil er in einem Lied keine Rap-Kollegen, sondern Regierungspolitiker gedisst hatte. Foto: SchwrzVyce



Demokraten trotzen der zunehmenden Kälte und gehen weiter jeden Tag auf die Straße. Hier am Montag, 13. November 2023, in Amberg in der Oberpfalz. Foto: NDPix/telegram

TERRORVERFAHREN GEGEN MUT-ÄRZTIN

Die Einschüchterungsprozesse gehen weiter | Von Hendrik Sodenkamp

Am 14. November 2023 wurde in Dresden die Gerichtsverhandlung gegen die demokratische Ärztin Dr. Bianca Witzschel eröffnet.

Der sächsischen Medizinerin Dr. Bianca Witzschel wird vorgeworfen, unter Corona rund 3.000 Mitmenschen Maskenatteste oder Bescheinigungen für PCR-Teste oder Antigenteste gegen ein Entgelt von 25 bis 30 Euro ausgestellt zu haben. Außerdem soll sie einen nicht zugelassenen Elektroschocker besessen haben, weshalb sie ebenfalls wegen »unerlaubte Waffenbesitzes« angeklagt ist. Nun wurde nach acht Monaten Untersuchungshaft das Verfahren eröffnet.

Der Verhandlungsraum wurde kurzfristig in einen Hochsicherheitssaal für Terrorprozesse nahe der JVA verlegt. Unter dem Vorwand, es gebe eine »akute Fluchtgefahr« wurde die circa 1,60 Meter große 66-jährige Medizinerin mit Handschellen gefesselt in den Saal geführt. 40 Prozesstage wurden vom Richter angesetzt, der letzte soll Mitte 2024 stattfinden. Bis dahin soll Witzschel im Gefängnis sitzen, obwohl kein Urteil vorliegt. Anträge auf Freilassung wurden abgelehnt. Demokraten unterstützten Dr. Bianca Witzschel vor Ort, getrennt durch eine 3 Meter hohe Panzerglasscheibe. Prozessbeobachter werten die Umstände des Verfahrens als Anzeichen für eine Vorverurteilung durch die Justiz. (hes)



Die Ärztin Dr. Bianca Witzschel wird einem Terrorverfahren unterzogen. Foto: Telegram



WIE WILL ICH LEBEN?

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

Von Sylvia Riedl

Augen zu und durch, wegschauen, ausblenden und ignorieren – oder wie das Kaninchen auf die Schlange starren, unfähig zum Handeln werden, nur noch das Böse, die Ungerechtigkeit sehen und darüber bitter und krank werden, in Sorgen ertrinken? Oder gibt es noch einen anderen Weg? Was hilft mir zu entscheiden, was gerade dran ist?

Um Entscheidungen zu treffen, muss ich hinsehen, mich der Realität, der Situation stellen. Und das gilt nicht nur für die nicht zu hinterfragenden Narrative, die uns die Herrschenden vorsetzen. Das gilt für alle Lebensbereiche.

Schaue ich weg, wo in meinem Umfeld Unrecht geschieht, weil es gerade bequemer ist, überhöre ich die Signale des Menschen, der heute meine Hilfe braucht, da es mir gerade nicht in den Kram passt, schweige ich, wo ich den Mund aufmachen sollte? Ich muss mich täglich neu entscheiden, wo es wichtig ist, mich genauer zu informieren, wo mein Handeln gefragt, meine Hilfe nötig ist. Andererseits kann ich mich nicht überall einsetzen, mir nicht jeden Schuh anziehen. Dann bin ich selbst bald in der Situation, ausgebrannt und auf die Hilfe anderer angewiesen zu sein.

Wie kann die Lösung aussehen? Im Großen hilft mir die einmal getroffene Entscheidung, nicht wegzusehen, mich nicht wegzuducken, bei der Wahrheit zu bleiben und für sie einzutreten ungeachtet aller Konsequenzen. Im Kleinen muss ich mich jeweils entscheiden, was jetzt in dieser Situation der richtige Weg ist. Das kann auch bedeuten, nicht überall dabei zu sein, mir nicht noch mehr Infos reinzuziehen, nicht immer einzuspringen, wo Hilfe gebraucht wird.

Wie aber entscheide ich in der jeweiligen Situation? Mir hilft hier seit Jahrzehnten ein Wort aus der Bibel, Prediger 9, 10: »Alles, was dir vor die Hände kommt, es zu tun mit deiner Kraft, das tu.« Mit der Befolgung dieses Rates bin ich immer gut gefahren. Das schützt vor Überforderung, hilft aber andererseits, nicht in Bequemlichkeit zu verfallen, wo ich gefordert bin. Und ich erlebe, dass ich die Kraft empfange, die ich brauche und mehr tun kann, als ich vorher dachte. Denn die sich auf Gott verlassen, bekommen neue Kraft.

Sylvia Riedl ist wohnhaft in Uelzen und Mutter von vier Töchtern sowie Großmutter von neun Enkeltöchtern.

Hin Da!

KULTURKALENDER

19.11.2023 • Köln; Hinterhofsalon, Aachenerstr.68, 50674 Köln • LESUNG • »Die Nachtigall in meinem Garten schweigt« von Mascha Kaléko, gelesen von Judith Jakob, am Klavier begleitet von Joachim Jezewski • 18:00 Uhr - 20:00 Uhr • Tickets: ab 18€ unter krasser.guru

19.11.2023 • Taufkirchen; Kultur und Kongress Zentrum, Köglweg 3, 82024 Taufkirchen • VORTRAG • »Alarmstufe rot für den Mittelstand; im Fadenkreuz von Inflation,Krieg und KI« von Ernst Wolff • 19:00 Uhr - 21:00 Uhr • Tickets: 27€ unter krasser.guru

20.11.2023 • Wasserburg/Inn; genauer Ort wird noch bekannt gegeben • VORTRAG • »Krisen-Tsunami« von Ernst Wolff • 19:00 Uhr • Tickets: 27€ unter krasser.guru

23.11.2023 • Berlin; Al Hamra Raumerstr.16, 10437 Berlin • KONZERT • Yann Song King • ab 19:30 Uhr

23.-25.11.2023 • Berlin; Xelor Kesselhaus, Mittelbuschweg 10, 12055 Berlin • KONGRESS • »Neue Normalität«, Kongress der Neuen Gesellschaft für Psychologie u.a. mit Prof. Klaus-Jürgen Bruder, Uli Gellermann, Werner Meixner, Hannes Hofbauer und Almuth-Bruder Bezzel • tagsüber • Tickets und weitere Informationen über die Internetseite ngfp.de

25.-26.11.2023 • Köln; genauer Ort wird noch bekannt gegeben • KONFERENZ • »Frieden ohne Nato« zwei Tage mit Michael Ballweg, Blue Flower, Wolfgang Effenberger, Klaus Hartmann, Sabiene Jahn, Dr. Ansgar Klein, Ralf Ludwig u.v.m. • Tickets: Samstag 35€, Sonntag 25€, beide Tage 50€ unter krasser.guru

01.12.2023 • Berlin; Sprechsaal, Marienstr. 26, 10117 Berlin • VORTRAG • »Journalismus und Macht, warum die Leitmedien ihren öffentlichen Auftrag nicht erfüllen« von Michael Meyen • 19:00 Uhr • Eintritt frei, Spende erbeten

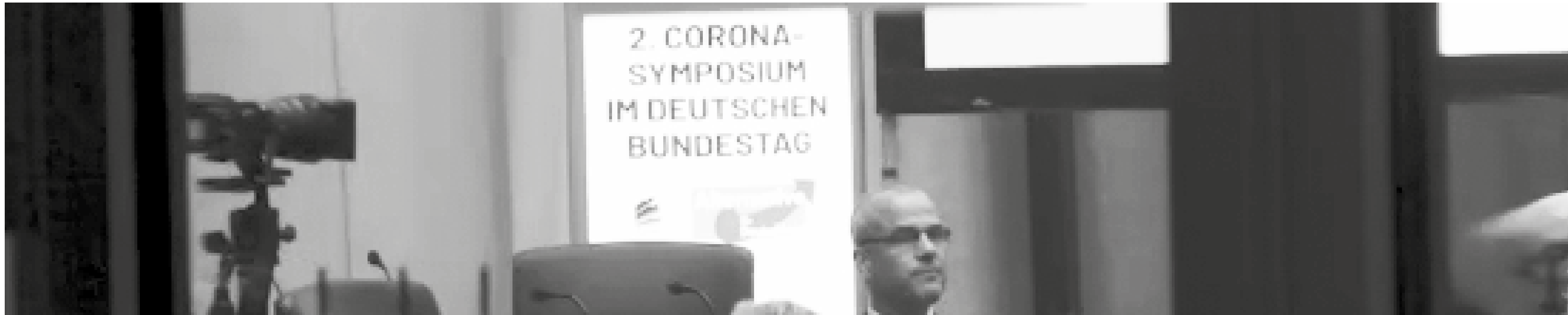
02.12.2023 • Köln; Hinterhofsalon, Aachenerstr.68, 50674 Köln • THEATER • »Die Weihnachtsgeschichte« nach Charles Dickens, komponiert von Markus W. Kropp, gesprochen von Sonja Kargel • 17:00 Uhr – 19:00 Uhr • Tickets:ab 8€ unter krasser.guru

09.12.2023 • Bad Hersfeld; genauer Ort wird noch bekannt gegeben • VORTRAG • »Alarmstufe rot für den Mittelstand; im Fadenkreuz von Inflation,Krieg und KI« von Ernst Wolff • 19:00 Uhr - 21:00 Uhr • Tickets: 27€ unter krasser.guru

10.12.2023 • Koblenz; Hotel Mercure, Julius-Wegeler-Str.6, 56068 Koblenz • VORTRAG • »Das 1x1 des Staatsterrors« von Ullrich Mies • 18:00 Uhr – 21:00 Uhr • Tickets: ab 25€ unter krasser.guru

12.12.2023 • Hamburg; Rudolph-Steiner-Haus, Mittelweg 11, 20148 Hamburg • VORTRAG • »Wie wollen wir in Zukunft miteinander leben?« ein Abend mit Jens Lehrich • 19:30 Uhr, Einlass ab 18:30 Uhr • Tickets: 25€ unter krasser.guru

Wenn wir Ihre Veranstaltung ankündigen sollen, schreiben Sie eine E-mail an *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* Aktuelle Hinweise gibt es im Newsletter über *https://nichtohneuns.de*



Haben die Coronamaßnahmen irgendetwas gebracht? Haben sie geschadet? Diese Fragen wollen die in hohem Maße verstrickten Parteipolitiker des Bundestages nicht beantwortet wissen. Sie lehnten nahezu geschlossen einen Untersuchungsausschuss ab. Allein die AfD-Fraktion lud nun zum Corona-Symposium in den Bundestag. Videostill: AUF1

AUFARBEITUNG, JETZT!

Vortrag von Prof. Stefan Homburg beim Corona-Symposium im Deutschen Bundestag

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir haben dunkle Jahre hinter uns. Zunächst das Wichtigste in fünf Stichpunkten.

Erstens sank die Klinikbelegung im Jahre 2020 bundesweit auf ein Allzeittief. Sagt das Bundesgesundheitsministerium.

Zweitens gab es 2020 und 2021 nicht mehr schwere Atemwegserkrankungen als üblich. Corona kam, die Influenza verschwand. Sagen Sentineldaten des RKI.

Drittens starben 2020 altersstandardisiert nicht mehr Menschen als sonst. Erst seit 2021 nimmt die Sterblichkeit zu. Sagen Zahlen des Statistischen Bundesamts.

Viertens waren Menschen, die mit oder an Corona starben, im Mittel 83 Jahre alt, die übrigen Verstorbenen 82 Jahre. Sagen RKI und Statistisches Bundesamt.

Fünftens schnitt das masken- und *lockdown*freie Schweden besser ab als Deutschland. Sagt die WHO. An den Maßnahmen lag es also nicht.

Zusammenfassend: Klinisch, in Bezug auf echte Krankheiten und Todesfälle, gab es nichts Besonderes. Es war alles normal. Das sind Fakten, und das ist der wichtigste Punkt. Die Vorstellung einer »Pandemie« ergab sich ausschließlich aus neuartigen anlasslosen Massentests, deren Ergebnisse enorm schwankten und dem Publikum vorgaukelten, es gäbe mehr Kranke und Tote als sonst auch. Was nicht stimmte. Mit einem PCR-Test auf Rhinoviren hätte man ähnliche Illusionen erzeugen können. Und könnte diese Illusionen auch jetzt erzeugen, wenn man wollte.

WIE HAT DIE POLITIK AUF DIE KLINISCHE NORMALLAGE REAGIERT?

Sie schloss Kitas, Schulen, Geschäfte, Kirchen und Betriebe monatelang, ließ Alte isolieren und einsam sterben, zerstörte Existenzen. Die Polizei verbot das Buchlesen auf einer Parkbank, machte Jagd auf Jugendliche im Freien und auf Kinder im Schnee, prügelte friedliche Demonstranten nieder. Die Politik grenzte jeden aus, der nach dem Sinn der Maßnahmen fragte. Sie ließ das *ZDF* verkünden, Kinder seien virenübertragende Ratten und Ungeimpfte seien Blinddärme, die nicht zum Volkskörper gehörten. Eine Sprache, wie wir sie seit 75 Jahren nicht mehr kannten.

Gewöhnlich wird die Macht der Regierung begrenzt durch Gerichte, Medien und Wissenschaft. Diesmal haben sie alle versagt:

Gerichte prüften die Verhältnismäßigkeit kaum und glaubten nur zwei Zeugen, die dem Gesundheitsminister unterstehen, nämlich RKI und PEI. Auf diese Weise konnte sich die Regierung die Notwendigkeit von *Lockdowns* und Impfpflichten selbst bescheinigen. Darüber hinaus schickten die Gerichte Ärzte, die ihrem Ethos folgten und Patienten durch Bescheinigungen vor Eingriffen in die körperliche Unversehrtheit schützten, ins Gefängnis. Fast jeder bekannte Maßnahmenkritiker wurde kriminalisiert, suspendiert, entlassen, festgenommen oder einer Hausdurchsuchung unterzogen. Karlsruhe ließ zynisch verlautbaren, die Grundrechte der Bürger seien nicht weg, dürften aber nicht mehr ausgeübt werden.

Medien verlasen bis zum Überdruss Testzahlen, ohne zu erwähnen, dass die klinische Lage normal war. Sie folgten unkritisch dem PCR-Narrativ, stilisierten Prof. Püschel, der als erster obduzierte, zum Rassisten, Prof. Bhakdi zum Antisemiten und buchstäblich jeden, der die Maßnahmen hinterfragte, zum Verschwörungstheoretiker und Staatsfeind.

Fachwissenschaftler, vor allem Epidemiologen und Ärzte für Öffentliche Gesundheit, verschwanden von der Bildfläche. An ihre Stelle traten Physiker, Verkehrsplaner, Mikrobiologen und Militärs, die das Publikum mit immer neuen Fehlprognosen und Modellrechnungen in Atem hielten. Monatelang. Jahrelang.

EINE AUFARBEITUNG DIESER EREIGNISSE SOLLTE DREI FRAGENKOMPLEXE KLÄREN

Erstens: Laut Lehrbuch muss die Regierung zu Beginn einer wirklich gefährlichen Pandemie die Bevölkerung beruhigen, um Kollateralschäden zu vermeiden. Warum ließ die Politik stattdessen ein Schockpapier schreiben, das etwa Kindern Angst machte, ihre Großeltern durch Ersticken umzubringen? Warum saß in der Schockpapier-Kommission kein einziger Arzt, wohl aber ein Soziologe und Deutschlehrer? Warum befeuerte die Politik diese Panikmache jahrelang, während sie jetzt behauptet, nur anfangs und aus Unkenntnis einige Fehler gemacht zu haben?

Zweitens: Im Februar 2020 rieten Lehrbücher und WHO-Richtlinien von Maßnahmen wie *Lockdowns* oder Schulschließungen ab. Das RKI verkündete damals, Masken würden nichts bringen und Corona sei meist mild. Dies betonte auch Herr Drosten in Interviews und auf der Bundespressekonferenz. Derselbe Herr Drosten erklärte dem heutigen Bundeskanzler Olaf Scholz in einer *Talkshow*, man würde die Pandemie ohne den PCR-Test gar nicht bemerken. Was führte im März 2020 zur Kehrtwende, obwohl Daten schon zu diesem Zeitpunkt zeigten, dass keine besondere Gefahr drohte? Da das masken- und *lockdown*freie Schweden erkennbar besser abschnitt als Deutschland, muss man überdies fragen, ob die Maßnahmen wirklich Ansteckungen verhindern sollten, was sie offensichtlich nicht taten, oder vielmehr dem Ziel dienten, den Impfwiderstand der Bevölkerung zu brechen.

Drittens: Warum hat die Politik die Verabreichung eines experimentellen Impfstoffs nicht nur erlaubt, sondern die Menschen durch 2G/3G und sektorale Impfpflichten faktisch gezwungen, den Stoff zu nehmen? Warum gab es Notzulassungen ohne Not? Warum haben unzählige Impfschäden keine Konsequenzen?

Derzeit, und damit komme ich zum Schluss, erscheinen *Bestseller* mit deutlichen Titeln, die eine verbreitete Stimmung widerspiegeln: Die »Intensiv-Mafia« von Tom Lausen, das »Staatsverbrechen« von Dr. Frank oder die »Corona-Verschwörung« von Frau Dr. Röhrig. Alle mit satt fünfstelligen Auflagen. Wer sich diesem Diskurs als Politiker verweigert, verliert Vertrauen und entfernt sich von der Wählerschaft. Aufgrund der ungeheuren Dimension dessen, was der Bevölkerung widerfahren ist, wäre ein Untersuchungsausschuss richtig gewesen. Weil der Bundestag ihn nicht wollte, bin ich dankbar, dass wir heute in diesem Rahmen zur Aufklärung beitragen können.

Diese Rede hielt der ehemalige Leiter des Instituts für Öffentliche Finanzen der Universität Hannover Prof. Stefan Homburg am 11. November 2023 im deutschen Bundestag bei einem Symposium, welches die AfD-Fraktion organisiert hatte. Weitere Teilnehmer waren unter anderen Prof. Dr. Andreas Sönnichsen, der Medienwissenschaftler Prof. Michael Meyen (siehe Seite 4), Dr. Ronald Weikl, Dr. Gunter Frank, der Datenanalyst Tom Lausen, der Facharzt für Labormedizin Prof. Paul Cullen, der Pathologe Prof. Walter Lang und der Mikrobiologe Prof. Sucharit Bhakdi. Ebenso sprachen Opfer der Coronaspritze und Hinterbliebene.

Wir drucken diese Rede, die von Stefan Homburg frei und mit Quellenangaben ins Netz gestellt wurde aus Gründen der historischen Dokumentation ab: Ja, seit dem 28. März 2020 gibt es eine Opposition gegen den weltweiten Staatsstreich der Konzerne. Und ja, dieser Widerstand hat von Beginn an eine wissenschaftliche Grundierung durch erfahrene und mutige Forscher.

Briefe an die Redaktion

Leserbriefe an: K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

ALLEINE GELASSEN

Seit neustem lese ich die Zeitung *Demokratischer Widerstand*. Positiv aufgefallen ist mir, dass in der Zeitung im Gegensatz zu anderen Medien über die kritischen Aspekte der Impfung berichtet wird. Ich bin selber Betroffene eines Impfschadens. Wie viele andere Menschen erhielt ich den Pfizer/BioNTech-Impfstoff und leide seitdem unter massiven gesundheitlichen Problemen, die im Bekanntenkreis und von Ärzten einfach unter den Teppich gekehrt werden. Viele möchten davon einfach nichts wissen. Symptome wie das Ausbleiben der Regelblutung, Zuckungen am ganzen Körper, starke Kopfschmerzen, Symptome wie bei einem Schlaganfall, eine Gesichtslähmung – die Gesichtsmuskulatur ist bis heute wie eingefroren. Ich litt und leide unter Schmerzen im Kieferbereich, habe Punkte verteilt auf der Haut am ganzen Körper, chronische Müdigkeit, die Beine wurden taub, bei Licht und Geräuschen bin ich empfindlich und habe eine Augenentzündung. Ich versuchte mir anwaltliche Hilfe zu holen, doch wurde dort nicht angenommen: Mein Fall habe wenig Aussichten auf juristischen Erfolg. Mir bleibt jetzt nur noch der Gang an die Öffentlichkeit.
– Janine

AUF DEM SCHIRM

RUNDBRIEF! Für Newsletter eintragen auf NichtOhneUns.de

instagram.com/demokratischerwiderstand

t.me/DemokratischerWiderstandTelegram

facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung

youtube.com: Demokratischer Widerstand

Die universelle biometrisch-digitale Markierung aller Erdenbürger wird wahr

Am 8. November 2023 einigte sich die EU darauf, dass ein digitaler Identitätsnachweis eingeführt wird. Andere Staaten haben diesen schon | Von Norbert Häring

Zur gleichen Zeit, in der bekannt wird, dass Hacker die Identitätsdaten der meisten Inder aus der größten staatlichen Identitätsdatenbank der Welt zum Kauf anbieten, einigen sich EU-Parlament und -Rat darauf, so etwas auch für uns einzuführen. Gleichzeitig preist Washington die ukrainische Version als Exportmodell an und Bill Gates will jedem neugeborenen Kind in Kenia so eine biometrisch-digitale Markierung auf Lebenszeit aufdrängen. Das hat System.

Anfang Oktober machte die IT-Sicherheitsfirma Resecurity bekannt, das Hacker nach eigenen Angaben die biometrischen Identitätsdaten von über 800 Millionen Indern aus der staatlichen Datenbank Aadhaar gestohlen haben und relativ günstig zum Kauf anbieten. Nachforschungen von Sicherheitsexperten zeigen, dass die Behauptung zumindest im Kern stimmt, wenn auch die Anzahl der Betroffenen nicht zu verifizieren ist. Resecurity erwarb 400.000 Datensätze und verifizierte deren Authentizität. Die Betroffenen waren von der unbekannten Organisation, deren Daten gestohlen wurden, nicht von dem Diebstahl informiert worden und wussten von nichts. Die Daten sollen neben der Aadhaar-Nummer den Namen und den Namen des Vaters, die Adresse, Passnummer, Alter und Geschlecht beinhalten.

Nach Angaben von Rescurity können etwaige Käufer mit diesen Daten Online-Bankkonten der Betroffenen plündern und Steuerrückerstattungsbetrug zu deren Lasten begehen.

Der Vorfall zeigt die riesigen Probleme für den Schutz der Bürgerrechte, die mit einer solchen Datenbank verbunden sind, deren Daten für alle nur denkbaren Identifikationszwecke verwendet werden. Die Versicherungen, das System sei sicher, haben sich nicht zum ersten Mal als grob falsch herausgestellt. Das Sicherheitsniveau wird von der Plattform mit Zugang zu den Daten bestimmt, die das wenigste Know How hat und den schlampigsten Umgang mit den Daten pflegt. In diesem Fall ist das Einfallstor für den Datendiebstahl unbekannt. In anderen, ebenfalls sehr großen Fällen in diesem Jahr soll das Einfallstor die Datenbank von Covid-Tests des Indischen Rats für medizinische Forschung (ICMR, Indian Council of Medical Research) gewesen sein, die mit den Aadhaar-Nummern der Getesteten verbunden ist, sowie eine Datenbank zur Identifizierung von Prepaid-Telefonkunden.

Wenn die gleiche Datenbank von sehr vielen Behörden und Anbietern für alle möglichen Zwecke genutzt wird, multipliziert sich dadurch nicht nur das Risiko von Datenverlust, sondern auch der Schaden für die Betroffenen. Wenn dann auch noch die für die biometrische Identifikation genutzten Daten gestohlen werden, im Fall Aadhaar Fingerabdrücke und Iris-Scans, steht dem umfassenden Identitätsdiebstahl nichts mehr im Wege. Da Lesegeräte für biometrische Daten überall genutzt werden, um



Diese Demokratin hält am Bargeld fest. Foto: Georgi Belickin/DW

die Identität zu prüfen, können Kriminelle relativ leicht an solche Daten kommen. Da man seine biometrischen Merkmale nicht wie ein Passwort ändern kann, ist das verheerend für die Betroffenen.

Die indische Regierung behauptet, es sei freiwillig, sich in der Datenbank registrieren zu lassen. Das ist etwa so wahr, wie die Covid-Impfung für Beschäftigte im deutschen Gesundheitssystem »freiwillig« war. Alle möglichen staatlichen Leistungen setzen eine Registrierung voraus und so viele private Anbieter nutzen das System, dass eine Nichtregistrierung für Menschen, die nicht autark auf dem Land leben, mit sehr großen Nachteilen verbunden ist.

EUROPAS AADHAAR HEISST DIGITAL IDENTITY WALLET

Völlig unbeirrt von diesen hier ohnehin so gut wie nicht berichteten Vorkommnissen im Vorreiter Indien, gaben EU-Rat und EU-Parlament am 8. November 2023 die Einigung auf eine Verordnung bekannt, die von allen EU-Ländern verlangt Digital Identity Wallets, digitale Identitäts-Brieftaschen, nach einheitlichem Format anzubieten. Natürlich, wie in Indien völlig freiwillig für die Bürger und nur zu deren Nutzen, damit sie sich bei Behörden und privaten Anbietern überall leicht und schnell mit den immer gleichen Identifikationsdaten anmelden können. Natürlich soll diese Datenbank 100 Prozent sicher sein, die Daten unmöglich gehackt werden können und auf keinen Fall von Behörden zu Überwachungszwecken missbraucht werden. Wer es glaubt, wird selig.

Es ist nicht bekannt, dass es große Unzufriedenheit in der Bevölkerung damit gegeben hätte, dass sie nicht über eine derartige, vom Staat kontrollierte digitale Identität verfügen. Hier wird im Interesse der global agierenden US-Konzerne wie Microsoft und Google und der Überwachungsagenda Washingtons und der anderen beteiligten Regierungen gezielt (siehe weitere Artikel auf norberthaering.de) ein weltumspannendes System errichtet, das alle Menschen unentrinnbar an das computerisiert überwachte Netz anbindet. Damit sollen immer mehr und schließlich alle ihre Aktivitäten überwachbar und steuerbar werden. Vorangetrieben wird das maßgeblich von Weltwirtschaftsforum, Gates-Stiftung und Rockefeller-Stiftung, mit Unterstützung Washingtons und von Washington kontrollierter internationaler Organisationen.

Bei all diesen staatlichen Identitätsdatenbanken in Indien, Europa und Afrika, weiß man, oder darf getrost davon ausgehen, dass die großen US-IT-Konzerne ihre Finger im Spiel haben und der Geheimdienst NSA Zugang hat.

UKRAINES DIJA ALS EXPORTMODELL, KENIA ALS IMPORTEUR

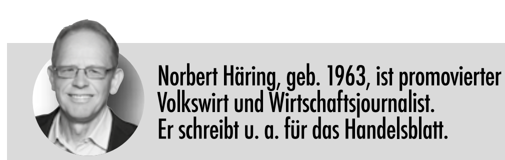
Auch in der Ukraine gibt es eine mit offizieller US-Unterstützung eingeführte, umfassend genutzte staatliche Identitätsdatenbank namens Dija (engl. Übertragung aus dem Kyrillischen: »Diia«). Diese wird, ebenso wie das indische Vorbild, systematisch anderen Ländern zu Nachahmung angetragen und ihnen in modularer Form zur Verfügung gestellt. Der zuständige Digitalisierungsminister, Mykhailo Fedorov, ist ein Young Global Leader (dt. etwa Junger Globalführer, Anm. d. Red.) des Weltwirtschaftsforums. Das Branchenmagazin Biometric Update berichtet am 23. Oktober 2023 in einem Beitrag:

»Rund 70 Prozent der Bürgerinnen und Bürger verfügen inzwischen über die digitale ID, die zur Speicherung von biometrischen Pässen, Steuer-IDs und Führerscheinen, für den Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen und sogar für den Austausch militärischer Informationen genutzt wird: Nutzer können über die App die geografische Position feindlicher Panzer übermitteln. Diia wurde 2019 ins Leben gerufen. Seit Russland 2022 eine Invasion des Landes startete, hat die App neue Dienste hinzugefügt. Dazu gehört die Ausstellung eines digitalen »Evakuierungsdokuments«, das Identitätsinformationen enthält, um die Abfertigung an Kontrollpunkten zu beschleunigen, und das es Bürgern, deren Häuser im Krieg beschädigt wurden, ermöglicht, eine Entschädigung zu beantragen. Das Diia-Projekt, das in Zusammenarbeit mit USAID (US-Behörde für internationale Entwicklung), der Eurasia Stiftung und Partnern aus dem Privatsektor ins Leben gerufen wurde, stößt auch in anderen Ländern, die von den Erfahrungen der Ukraine lernen, auf Interesse. Im Januar dieses Jahres kündigte USAID an, Partnerländer zu unterstützen, die sich von Diia inspirieren lassen.«

Folgendes hat, passend dazu, vor Kurzem, am 16. Oktober 2023, die Kenyan Post in einem Artikel berichtet, welcher die Überschrift »Bill Gates erzielt einen lukrativen Deal just nachdem er Präsident William Ruto traf – Lesen sie hier, was er für den Präsidenten und seine Regierung tun wird« trägt:

»Die Bill and Melinda Gates Stiftung hat mit der kenianischen Regierung eine Vereinbarung getroffen, um sie bei der geplanten Einführung des digitalen Identifikationsdokuments (ID) mit dem Namen Maisha Namba zu beraten. Maisha Namba wird der Personalausweis der dritten Generation mit einer eindeutigen Nummer sein, die jedem Kenianer bei der Geburt zugewiesen wird und von der Geburt bis zum Tod gilt. Der Geschäftsführer der Stiftung, Mark Suzman, sagte einer lokalen Zeitung: ›Wir haben eine Reihe spezifischer Investitionshilfen für die digitale Identität, die wir breiteren Plattformen zur Verfügung stellen.‹ Der Milliardär hat sich mit [Regierungschef] Ruto mehrfach getroffen, seit dieser an die Macht gekommen ist, wobei die meisten dieser Begegnungen geheim gehalten wurden. Berichten zufolge wird das Abkommen die Regierung mit wichtigen technischen Experten und Partnern zusammenbringen, die professionelle Beratung anbieten werden, um eine reibungslose Einführung zu gewährleisten.«

Wie Sie einer Reihe von Beispielen (zu finden auf der Internetseite norberthaering.de, Anm. d. Red.) entnehmen können, werden die biometrisch-digitalen Identitätsdatenbanken nach indischem Vorbild in viele andere Länder exportiert, darunter Nigeria, Äthiopien und Kasachstan, auch asiatische Länder wie Pakistan und Thailand sind dabei. Es fehlt nicht mehr viel, dann können die US-Dienste von ihren Computern in Langley und Fort Meade aus mitverfolgen und speichern, was fast jeder beliebige Erdenbürger (außerhalb Chinas) so macht.



Norbert Häring, geb. 1963, ist promovierter Volkswirt und Wirtschaftsjournalist. Er schreibt u. a. für das Handelsblatt.

Dieser Text erschien auf dem unabhängigen Presseportal apolut.net und ist dort samt Quellenangaben als Audiostrecke einhörbar. Er wurde für den Abdruck behutsam an die Anforderungen einer gedruckten Zeitung angepasst.



WIR SIND DIE 99 PROZENT!
MOTOR MITTELSTAND
KOLUMNE *von Wolfgang Greulich*

WEIN UND DIE LÜGEN DER ELITEN

Jeder Weinliebhaber wird sich an das Ausnahmejahr 2003 zurückerinnern, als nicht nur gute Erträge, sondern vor allem auch exzellente Weine aus allen Lagen geerntet und produziert werden konnten. Und wer sich ein wenig auskennt, weiß, dass es schon seit geraumer Zeit einen guten, trokkenen und hervorragenden Merlot aus Baden-Württemberg gibt. Niemand hat 2003 das Wort Klimawandel in den Mund genommen, es war einfach nur ein sehr guter Sommer mit vielen Sonnenstunden.

In 2023 wird die weltweite Weinproduktion auf den niedrigsten Stand seit 60 Jahren fallen. Dieser Wert wird international ermittelt und betrifft alle Länder in allen Hemisphären. Das sind dann in Zahlen gesprochen etwa 245 Millionen Hektoliter, rund sieben Prozent weniger als 2022. Im oben erwähnten Jahr 2003 waren das circa 267 Millionen Hektoliter. Der Wert schwankt immer zwischen 240 Mio. und 300 Millionen Liter – abhängig von Frühfrost, starken Regenfällen und Trockenheit, dem Wetter also. Nein, das ist nicht neu, das war schon immer so.

Gesunken sind seit 2003 kontinuierlich auch die weltweiten Rebanbauflächen, von circa 7,8 Mio. Hektar in 2003 auf 7,3 Millionen Hektar in 2022. Das Konsumverhalten der Menschen hin zu gut ausgebauten Qualitäten hat sich sowieso verändert. Vorbei sind die Zeiten, als mit Massenweinen nach dem Krieg die Regale gefüllt wurden.

Um circa 25 Prozent hat die Anzahl der Weinbaubetriebe in den vergangenen zehn Jahren abgenommen, vor allem die kleinen Betriebe haben sich quasi fast halbiert. Fehlende wirtschaftliche Erträge, zu hohe Kosten und ein Bürokratieaufwand – typisch deutsch – haben dazu beigetragen. Die Schließung der Gastronomie während Corona erhöhte zwar den privaten Heimkonsum, aber dies konnte das Minus in der Gastronomie bei Bier und Wein nicht kompensieren.
Des Deutschen Riesling gedeiht ohnehin am besten mit CO_2, denn die *Tagesschau* ist ihm egal. Das nennt man Photosynthese. Er hält sich eher an die fundierten wissenschaftlichen Aussagen des CLINTEL, der unabhängigen Climate Intelligence Foundation. Die Lügen der Eliten sind ihm egal.

Es braucht wirklich einen großen *Reset*, überwiegend den in den Köpfen der 99 Prozent. Es ist wichtig, selbst die Wahrheit zu suchen, um dann Zusammenhänge zu erkennen. Widerstand und Wandel *made in Germany*!

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.

Wer glaubt noch einer Google-Suche?

Ein PLÄDOYER für das gedruckte Wort und die eigene Recherche | Von Dr. Gerd Reuther

Die digitalen Scheiterhaufen lodern in der Hitze immer leistungsstärkerer Supercomputer. Die Bibliotheken haben sich zweifelhafter Bestände entledigt. Die Buchhändler wissen, was nicht verfügbar sein soll. Suchmaschinen finden nicht mehr, sondern verschweigen.



Logisch: Eine Suche bei der Zensurmaschine Google führt zu Treffern bei der Zensurmaschine Wikipedia. Foto: Bildschirmfoto

Die Informationsinquisition läuft auf Hochtouren. Ein Aufschrei ist auch unter der kritischen Minderheit der Bevölkerung kaum vernehmbar. Das feige und unbeschwerte Leben ist verlockender. Zunächst waren es nur bestimmte Themen, bei denen Suchmaschinen ausschließlich befangene Treffer lieferten. Inzwischen sind die Ergebnisse der meisten Anfragen zu Desinformationsmüll degradiert. Recherchen nach Personen, die ein Buch verfasst haben, produzieren seitenlang Treffer von Buchhändlern, die das Werk listen, sonst nichts. Über andere, auch aktuellere Aktivitäten des gesuchten Autors behauptet man, nichts zu wissen. Wer nur noch auf Internetblogs veröffentlichen kann, weil er Unerwünschtes sagt, wird immer unsichtbarer.

ENGER WERDENDE GRENZEN DER WELT

Schlimm ist nicht nur das Verlöschen von Personen, Fakten und Meinungen. Fast noch schlimmer ist, dass viele Menschen diese manipulierte Recherchezensur gar noch für die Grenzen des Wissens halten. Nutzer von Apps hat man bereits in schrumpfende Käfige der Erkenntnis gesteckt. Die finis terrae rücken zusammen – die Welt schrumpft. Es scheint, dass dies immer die wahre Bedeutung des Schlagworts Global Village aus Sicht dessen Erfinder war. Was Google nicht hat, brauchen Sie nicht.

Wer schließlich nichts mehr findet, ist wohl genauso glücklich wie diejenigen, die nichts mehr besitzen. Das hatten wir in Europa schon mehrfach: unter den Feudalherren und im Sozialismus – ob der nun national oder kommunistisch verbrämt war. Selig sind die, welche nichts besitzen und arm im Geiste sind.

Aber gibt es nicht Alternativen zu Google? Dem Namen nach schon, den Ergebnissen nach nicht. Die entscheidenden Informationen bekommen Sie bei DuckDuckGo & Co genausowenig. Meist unterscheiden sie sich nur in der Reihenfolge nutzloser Treffer. Was bringen Suchanfragen, wenn Ergebnisse nur die Narrative des Mainstreams bestätigen und Unerwünschtes nicht mehr liefern? Dann macht es wenig Sinn, überhaupt noch zu suchen.

WER SUCHET, DER FINDET ... IN BÜCHERN

Das gilt auch für die vorgebliche neutrale Online-Enzyklopädie Wikipedia, von deren ursprünglicher Zielsetzung als Wissenskorpus kaum etwas übrig ist. Längst ist Wikipedia zu einer systematisch zensierten und manipulierten Waffe gegen unliebsame Fakten, Meinungen und Personen geworden. Selbst Larry Sanger, einer der Mitbegründer, bestätigt dies in einem Interview und stellt resigniert fest, dass »die Tage von Wikipedias rückhaltloser Verpflichtung zur Neutralität längst Geschichte sind.«

Aber keine Angst, die Älteren von uns wissen noch, wie das geht: ein Leben ohne Google und die anderen Verdummungsalgorithmen. Es gibt noch gedruckte Bücher und das eigene Gehirn. Es gab ein Leben vor Google, wie vor Smartphones und Handys. Es gibt auch eines danach. Und es wird viel besser sein, wenn wir uns wieder auf unsere eigenen Recherchen und Zweifel stützen.



Gerd Reuther ist Facharzt für Radiologie, Medizinhistoriker und Bestseller-Autor. Zuletzt erschien von ihm »Hauptsache Panik – Ein neuer Blick auf Pandemien in Europa«.



Foto: Videostill

»Wer Angst schürt, hat das Menschsein verlassen und will nichts Gutes. Deshalb ist es so einfach für die Gesellschaft: Wenn Ihr seht, dass ein Politiker Angst schürt, wählt ihn ab. Wenn Ihr seht, dass Medien Angst schüren, dann schaltet sie aus. Wenn Ihr seht, dass Wissenschaftler und Mediziner Angst schüren, dann meidet sie.«

Prof. Sucharit Bhakdi im Interview mit Björn Banane am vergangenen Wochenende beim Corona-Symposium der AfD im Deutschen Bundestag

ZENUSRMASCHINEN BEI DER ARBEIT

HINTERGRUND: Am 15. Dezember 2020 veröffentlichte die EU-Kommission ihre Vorschläge für neue Zensurgesetze unter dem Namen Digital-Service-Act (DSA). Am 16. November 2022 traten diese in Kraft. Seit dem August 2023 müssen »sehr große Internetplattformen« (VLOPs) und »sehr große Internetsuchmaschinen« (VLOSEs) wie Google diese Regeln systematisch umsetzen. Bis zum 17. Februar 2024 muss dieser Prozess flächendeckend abgeschlossen sein.

Das Gesetz schreibt vor, dass Beschwerden über Beiträge im Internet leicht zugänglich gemacht werden können. »Rechtswidrige Inhalte« müssen daraufhin gelöscht werden. Der Katalog hierfür umfasst Delikte wie »Beleidigung«, »Verleumdung«, »öffentliche Aufforderung zu Straftaten«, »Volksverhetzung« (siehe 5 dieser Zeitung), »Gewaltdarstellung« und »Bedrohung«. »An einigen Stellen geht der DSA deutlich über das bisher gültige deutsche Netzwerkdurchsetzungsgesetz hinaus,« kommentierte das Digital-Fachmagazin Heise. »In Artikel 36 DSA findet sich ein zeitlich befristeter Krisenmodus, mit dem die EU-Kommission einzelnen Plattformen sofortige Risikoanalysen und scharfe Maßnahmen (!) für maximal drei Monate auferlegen kann.« Dieses greife »bei ›schwerwiegender Bedrohung der öffentlichen Sicherheit oder der öffentlichen Gesundheit‹.«

Im globalen Suchmaschinenmarkt war Google im Oktober 2023 mit einem Marktanteil von 83,5 Prozent Marktführer. Diese Quasi-Monopolstellung bietet die Möglichkeit einer einfachen Kooperation zwischen Regierungen und dem Konzern, da nur mit einem Konzern verhandelt werden muss. Andere kleinere Unternehmen müssen nachziehen. Der ehemalige griechische Finanzminister und Wirtschaftswissenschaftler Yanis Varoufakis kommentiert diese Vorgänge in seinem Buch »Technofeudalismus« aus dem Jahr 2023: »Die Zeit des Kapitalismus und des vermeintlich freien Marktes ist vorbei. Die Digitalkonzerne gehen nicht auf den Markt, um ihre Produkte anzubieten. Sie sind der Markt.« (hes)

HAUPTSACHE, ES KNALLT

Die Völker wollen Frieden, die Herrscher augenscheinlich nicht | Von Batseba N'Diaye

Die Forderungen nach Frieden, Waffenstillstand und Waffenruhe werden weltweit immer lauter. Wie in den Wochen zuvor gehen überall auf der Welt Hunderttausende auf die Straße, um für ein Ende der Kampfhandlungen im Gazastreifen zu demonstrieren.

Die Todeszahlen sind weiterhin erschrekkend hoch. Innerhalb von einem Monat Krieg sind mehr als 12.000 Menschen zu Tode gekommen, die meisten davon Zivilisten, rund 4.000 Kinder. Sowohl die Europäische Union als auch der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen forderten in dieser Woche eine humanitäre Waffenruhe für den Gazastreifen. Dies sei notwendig, hieß es, um die Versorgung der Zivilgesellschaft sicherzustellen, um Tote zu bergen und um Verletzte zu behandeln. Die israelische Regierung lehnte diese Waffenruhe bis zum Redaktionsschluss ab. Man begründete die Entscheidung damit, dass die Hamas die Zeit der Waffenruhe nutzen werde, um ihre Kräfte wieder zu sammeln und weiter zu machen.

Am Morgen des 15. November 2023 drang die israelische Armee in das palästinensische Al-Shifa-Krankenhaus in Gaza-Stadt ein. Dabei kamen zahlreiche Menschen zu Tode, darunter auch Ärzte und Pflegekräfte. Die isrealische Armee sagte, dass sich in und unter dem Krankenhaus Einrichtungen der Terrorganisation befunden hätten. Das Vorgehen löste weltweit einen Sturm der Entrüstung aus.



Hunderttausende demonstrierten am 11. November 2023 in London vor dem Gebäude des britischen Geheimdienstes für ein Ende des Töten im Nahen Osten. Foto: Videostill

LASST UNS ORDENTLICH GELD VERBRENNEN!

Auch an der Ostfront geht es weiter. Der Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius ließ am 14. November 2023 verlautbaren, dass man im Jahr 2024 die Militärhilfen für die Ukraine von vier auf acht Milliarden Euro verdoppeln wolle. Diese »Investition« sei deshalb notwendig, da die USA sich zunehmend auf den Nahost-Krieg konzentriert und außerdem im Zuge der Haushaltsstreitigkeiten zwischen kriegsbefürwortenden Demokraten und kriegsskeptischen Republikener als verlässlicher Waffenlieferant womöglich ausfallen werde.



Auch im südafrikanischen Kapstadt waren am 11. November 2023 Hunderttausende auf der Straße. Foto: Videostill

Deutschland wolle eine Führungsrolle in der Nato für sich beanspruchen, da sei es nur logisch, dass man auch Milliarden an Steuergeldern in der Ukraine verbrennen müsse, hieß es verständnisvoll in regierungsnahen Medienbetrieben. Die Nachricht der erhöhten Ausgaben kam gleichzeitig mit der Ankündigung der neu gewählten slowakischen Regierung, dass diese die Militärhilfen für die Ukraine einstellen werde. Es werde in Zukunft nur noch humanitäre Unterstützung geben, teilte ein dortiger Regierungssprecher mit. Zum gleichen Zeitpunkt machte ebenfalls die Nachricht die Runde, dass die Europäische Union ihr Ziel nicht einhalten werde, der Ukraine bis zum März 2024 eine Millionen Schuss Munition liefern zu können, während in just jenem Moment bekannt wurde, dass die russische Verwaltung gigantische Mengen neuer Artelleriemunition an die Front geschickt hatte.

Der Krieg an der Ostfront hat sich seit Monaten zu einem veritablen Stellungskrieg und einer Materialschlacht ähnlich dem 1. Weltkrieg entwickelt. Militärstrategen gehen nicht mehr davon aus, dass es zu großen Durchbrüchen und Geländegewinnen auf beiden Seiten kommen werden. Jetzt hieße es, durchzuhalten, und den Gegner zu zermürben wird verlautbart. Beobachter gehen davon aus, dass dies den Russen besser gelingen werde, als den Nato-Staaten, wo die Bevölkerung angesichts des wirtschaftlichen Niedergangs, der Unklarheit der Kriegsziele und den immer weiter steigenden Todeszahlen zunehmend kriegsmüde werden, auch wenn Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) die Kriegstüchtigkeit beschwört.

»BEREIT EINEN HOHEN WIRTSCHAFTLICHEN PREIS ZU ZAHLEN«

Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges gegen Russland sind in Europa deutlich zu spüren. So zeigten Daten der europäischen Statistikagentur Eurostat vom 15. November 2023, dass die Industrieproduktion der Eurozone im September 2023 im Vergleich zum September 2022 um 6,9 Prozent eingebrochen ist. Demnach sank die »Produktion von Investitionsgütern im September 2023 gegenüber September 2022 um 9,5 Prozent, von Gebrauchsgütern um 8,1 Prozent, von Verbrauchsgütern um 6,7 Prozent, von Energie um 5,8 Prozent und von Vorleistungsgütern um 4,5 Prozent«.

Die Deindustrialisierung nimmt also immer weiter Fahrt auf. So verwundert es auch kaum, dass sich in der Bevölkerung Europas ein zunehmender Zorn auf die mörderische Misswirtschaft ihrer Regenten aufbaut. Ein Zorn, der sich auch nicht durch immer neue Überwachungsgesetze, Zensur und Durchhalteparolen beschwichtigen lassen wird.

MELDUNG

AMPEL WILL MILITÄRHILFEN FÜR UKRAINE VERDOPPELN

Berlin/Brüssel/DW. Die Bundesregierung will die Militärhilfe für die Ukraine im nächsten Jahr deutlich anheben. Statt der ursprünglich geplanten vier Milliarden Euro sind im Etat für 2024 jetzt acht Milliarden vorgesehen. Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) erwartet derweil ein Scheitern der EU-Pläne für die Lieferung von einer Million Artilleriegeschossen an die Ukraine bis zum Frühjahr 2024. Er sagte, man müsse davon ausgehen, dass diese Zahl nicht erreicht werde. (kmü)

EU FORDERT FEUERPAUSE, ABER KEINEN WAFFENSTILLSTAND

Brüssel/DW. Die EU-Außenminister fordern in einer gemeinsamen Erklärung eine »sofortige Feuerpause« im Nahen Osten für humanitäre Hilfslieferungen. Von einem Waffenstillstand ist dagegen keine Rede. (kmü)

POLITISCHES CHAOS IN SPANIEN

Madrid/DW. Demokratie gefährdet? In Spanien gingen am Sonntag landesweit Hunderttausende Menschen auf die Straße. Grund ist eine Vereinbarung des sozialistischen Ministerpräsidenten Pedro Sánchez, der sich mithilfe zweier katalanischer Separatistenparteien vier weitere Amtsjahre sichern will. Im Gegenzug möchte die Regierung ein Amnestiegesetz verabschieden für etwa 1.400 Separatisten, die 2017 wegen des Versuchts der Abspaltung Kataloniens von Spanien verurteilt worden waren. (kmü)

DEINDUSTRIALISIERUNG: FIRMEN ERWÄGEN WERTSCHÖPFUNGSVERLAGERUNG

Düsseldorf/Berlin/DW. Der Industriestandort Deutschland gerät zunehmend in Gefahr: Eine aktuelle Studie der Beratungsgesellschaft Deloitte und des Industrieverbandes BDI ergab, dass jede dritte Firma plant oder erwägt, Betriebsteile ins Ausland zu verlagern. Gründe dafür sind die Energiesicherheit und -kosten. Vor allem im Maschinenbau und in der Autoindustrie ist die Unzufriedenheit groß. In diesen Branchen erwarten 65 Prozent der Befragten, dass Deutschland in den kommenden drei Jahre an Attraktivität gegenüber anderen Regionen verlieren wird. (kmü)

DEUTSCHE ENTWICKLUNGSHILFEN BEREITS VERPLANT?

Lagos/DW. Deutschland hat Nigeria 640 Millionen Euro Entwicklungshilfe zugesagt. Das Geld ist offenbar schon verplant. Wie *Tichys Einblick* berichtet, gönnen sich die Staatsvertreter des größten afrikanischen Landes 460 neue Geländewagen – für jeden Abgeordneten einen. Kostenpunkt: umgerechnet 140.000 Euro pro Fahrzeug. Hinzu kommt eine Yacht (5,7 Millionen Euro) für den neuen Präsidenten Bola Tinubu, zudem mehrere Luxus-Dienstwagen für seine *First Lady* und teure Renovierungsarbeiten in seinem privaten Wohnhaus. Alles auf Staatskosten. (kmü)

DAS WIRD NIEMALS NORMAL WERDEN

Interview mit dem Psychologen Prof. Klaus-Jürgen Bruder
Von Hendrik Sodenkamp

Vom 23. bis 25. November 2023 findet in Berlin der Kongress der renommierten Neuen Gesellschaft für Psychologie statt. Thema ist die »Neue Normalität«. DW hat sich mit dem Vorsitzenden des Verbands, dem Psychologen und Universitätsprofessor Klaus-Jürgen Bruder, zum Interview getroffen.



Der Psychologe Prof. Klaus-Jürgen Bruder veröffentlichte 2022 das Standardwerk zur Corona-Aufarbeitung »Corona. Inszenierung einer Krise« im Sodenkamp & Lenz Verlagshaus.

DW: Die Nudgin-Psychologieprofessorin Cornelia Betsch behauptete kürzlich, dass wir Oppositionelle uns falsch an Corona erinnerten. Warum macht die das?

Klaus-Jürgen Bruder: Erinnerung ist wichtig für die psychische Gesundheit und Stabilität der Menschen. Wenn wir keine Erinnerung mehr haben an das, was wir getan haben, oder das, was uns angetan wurde, sind wir viel leichter zu missbrauchen durch Propaganda und Verführungen der Macht. Es ist eine Strategie der Normalisierung, dass man das, was passiert ist, auslöscht. Diese Auslöschung wird von der Politik derzeit betrieben.

DW: Damit sind wir schon beim Übergriff Ihres Kongresses: Neue Normalität. Was ist das?

K.-J.B.: Es ist erstens eine Stichwort, das mit dem unsäglichen Klaus Schwab, dem Chef des Weltwirtschaftsforums, verbunden wird. Er schrieb in seinen Büchern, dass das, was jetzt noch verstörend wirke, irgendwann normal im Alltag werde. Dabei tut er so, dass diese Wunschvorstellungen, die er hat, leicht zu realisieren seien. Er räumt in seinen Büchern und Reden zwar ein, dass es schrecklich für die Menschen werde, bezeichnet dies jedoch als eine Übergangszeit, die dann aber, so Klaus Schwab, in die Neue Normalität münde. Zweitens ist Normalität jedoch etwas, dass Herrschaft immer will, nämlich die Normalisierung eines Verhaltens, das man den Menschen anerziehen muss und zwar, Herrschaft als etwas Selbstverständliches zu betrachten. Herrschaft, die man vielleicht kritisieren darf, aber dennoch untertänigst zu akzeptieren hat. Irgendeine Form von Herrschaft brauchen wir Menschen, ist dann eines der Ideologeme. Da darf man dann zwischen illegitimer und legitimer Herrschaft unterscheiden, aber mehr auch nicht. Diese eigentlich ziemlich unormale Haltung einzunehmen, das ist der Prozess der Normalisierung. Und dieser Prozess wird mit unterschiedlichen Techniken, Strategien und Taktiken eingeleitet und begleitet. Wichtig bei der Normalisierung ist dabei häufig, dass die Menschen diese Taktiken, Strategien und Techniken als ihre eigenen Überzeugungen übernehmen. Dann funktioniert es am besten.

DW: Freiheit ist Einsicht in die Notwendigkeit, wollte man uns unter Corona erzählen.

K.-J.B.: Ja, in der Coronazeit haben wir aber auch gesehen, dass diese Normalisierung auch dann funktioniert, wenn man es nur halb übernimmt. So funktionierte die Normalisierung des Zwangs auch, wenn man von der Impfung innerlich nicht überzeugt war, diese jedoch in Kauf nahm, um weiter arbeiten zu dürfen. Der Herrschaft war die Überzeugung der Menschen nicht so wichtig, Hauptsache das Verhalten war richtig. Auf der anderen Seite waren auch kreative Praktiken der Selbstunterwerfung genehm. So war es unter Corona gern gesehen, wenn die Menschen eigene Ideen entwickelten, wie sie mit den Vorgaben der Herrschaft umgehen. Bei den Masken konnte man das gut sehen, wie es zu kreativen, aber sinnlosen Entwicklungen aus der Bevölkerung kam. In der Konferenz haben wir zu verschiedenen Bereichen Referenten, die darlegen, wie es zur Übernahme des Wunschdenkens und der Praktiken der Herrscher durch die Bevölkerung kam.

DW: Welche Techniken sehen Sie als Psychologe am Werk?

K.-J.B.: Die klassischen: Einschüchterung und Angst machen vor der Gefahr und dann das Angebot, vor der Gefahr zu schützen. Gleichzeitig wurde aufgezeigt, dass, wer nicht mitmacht, Konsequenzen zu tragen hat. Außerdem wurde die Information über die vermeintliche Gefahr und die vermeintliche Hilfe möglichst einheitlich gestaltet und somit nur eine Meinung zugelassen. Als eine weitere Technik zur Normalisierung der neuen Herrschaft wurden die Kritiker diffamiert, die innerstaatliche Feinderklärung, wie es so schön heißt, um die anderen Menschen auf Spur zu bringen oder zu halten.

DW: Welche Rolle spielt bei diesen Vorgängen der Normalisierung die Psychologie?

K.-J.B.: Die Psychologie hat den Anspruch, den Menschen hilfreich zu sein, vor allem in Pädagogik und Therapie. Sie ist aber auch sehr empfindlich für gesellschaftliche Einflüsse, denn sie will den Menschen immer im Rahmen dieser Gesellschaft helfen. Dabei gibt es in der Psychologie unterschiedliche Richtungen. Der Behaviorismus setzt, wie sein Name schon sagt, den Schwerpunkt auf das

RICHTIG ERINNERN

In Konzernmedien wird behauptet, dass sich die Kritiker der Coronamaßnahmen nicht mehr richtig an diese Zeit erinnern würden. Falsch: Wir erinnern uns sehr gut. Beim Blick auf diese Bilder rechts sollte dem Letzten klar werden, dass das, was mit uns gemacht wurde, nicht mehr normal sein kann.
Fotos: Twitter





#Richtig

Imp
Be



Demokrat macht klar: Was unter den Überschriften Krieg gegen den Virus, Krieg gegen Putin und Krieg gegen den Terror abläuft, ist in Wahrheit ein Krieg gegen die Bevölkerung. Foto: Georgi Belickin/DW.

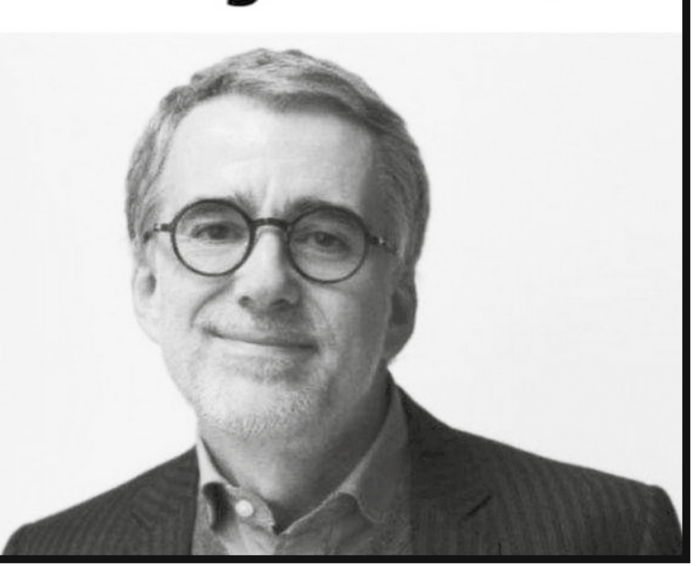
Verhalten, während die Psychoanalyse ihren Schwerpunkt auf die Frage des Bewusstseins und des Unterbewussten legt, also auf Fragen und Meinungen, aus denen sich dann ein Verhalten ableiten kann oder nicht. Nun sind behavioristische Psychologen maßgeblich beteiligt gewesen an der Vorbereitung und Begleitung dieser Inszenierung. Ein nicht kleiner Stab, um beispielsweise Pia Lamberty oder Cornelia Betsch, arbeitet an der Ermöglichung dessen, was wir Inszenierung nennen können, also die Ermöglichung von Gehorsamsbereitschaft oder dem Bedürfnis mitzumachen. Dabei ist ein zentraler Punkt, dass es in der Regel um das Aushorchen und das Überwachen der Menschen geht und um den Erhalt von Daten darüber, was die Menschen wollen und worauf sie reagieren. Diese Daten werden nicht aus reinem Erkenntnisinteresse erhoben, sondern um in Erfahrung zu bringen, wie man die Menschen zu einem vorbestimmten Ziel führen kann. Diese Psychologie arbeitet weniger mit therapeutischen und pädagogischen Mitteln als mit dem sozialpsychologischen Mitteln der Meinungsumfrage. Ihre Arbeit, die eigentlich nur ein Ausschnüffeln ist, hüllen sie dabei in das Gewand von Wissenschaft, weil man mit diesem die Menschen beeindrucken kann.

DW: Und derzeit?

K.-J.B.: Man tut so, als ob es die Coronajahre nicht gegeben hätte, um sich vor der Aufarbeitung zu drücken. Diese Zeit wird übersprungen und es wird so getan, als könnte man einfach an den Punkten anknüpfen, die vor den drei Jahren wichtig waren, also Fragen von Wohnungsnot, Armut oder der Schuldenbremse. Die politische Linke, mit der ich mich besonders auseinandersetze, nimmt ihre alten Rollen wieder auf und reflektiert nicht, welche Rolle man unter Corona hatte, nämlich geschwiegen oder mitgemacht zu haben; auch bei der Hetze auf die Kritiker der Corona-Inszenierung. Für mich ist naheliegend, die Jahre 1945 und folgende heranzuziehen, in denen die Nazizeit nicht aufgearbeitet wurde. Durch die Zerstörungen des Krieges wurden die Menschen abgelenkt, indem sie mit Aufräumarbeiten und dem Wieder-In-Gang-Bringen der deutschen Industrie, dem sogenannten Wirtschaftswunder, zu tun hatten. Diese fehlende Aufarbeitung hat dann zu dieser Benebelungszeit, die man Adenauer-Ära nennt, geführt und ebenso dazu, dass eine neue Generation, die diese Zeit nicht mitgemacht hat, diese einfachen Wahrheiten der Vergangenheit aussprechen konnte: die Zeit von 68. Die fehlende Aufarbeitung ist für die Herrschenden also auch gefährlich. Da kann man sich nur drauf freuen.

DW: Herr Bruder, wir danken Ihnen für das Gespräch.





Der Kongress »Neue Normalität« findet vom 23. bis 25. November 2023 in Berlin statt.
Im Xelor Kesselhaus Mittelbuschweg 10, 12055 Berlin.

EIN KLEINER AUSSCHNITT DES PROGRAMMS:

Michael Schneider, Essayist, Theater- und Romanautor, berichtet über die Entwirklichung durch den Verlust einer sinnlosen Sprache, in der Begriffe entleert werden. Sei es Solidarität, Krankheit oder Bärbocksche Geistesblitze wie »durch Waffen Menschenleben retten«.

Werner Meixner, Informatiker der TU-München, berichtet über den Kulturbruch, das permanente Verbrechen als »Neue Normalität« zu verkaufen.

Dr. Jonas Tögel, Amerikanist und Propandaforscher, trägt über kognitive Kriegsführung und die neuste Waffengattung der Nato vor: modernste Manipulationstechniken.

Magda von Garrel, Sonderpädagogin und Diplom-Politologin, berichtet über künstlich erzeugte Entwicklungsstörungen durch die schulische Digitalisierung.

Hannes Hofbauer, Journalist und Verleger aus Wien, analysiert den Ukrainekrieg und die Folgen der westlichen Sanktionspolitik.

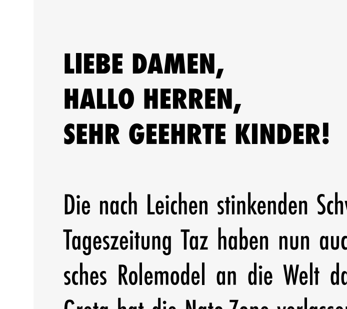
Prof. Andrea Komlosy, ebenfalls aus Wien, trägt über die Digitalisierung im Überwachungskapitalismus vor.

Almuth Bruder-Bezzel, Psychologische Psychotherapeutin aus Berlin, fasst drei Jahre Protestbewegung zusammen und fragt: Sind wir bisher in der Gefahr hängengeblieben, nur die Wiederherstellung der alten Normalität zu fordern? Wird es weitergehen als Aufstand gegen die zunehmende Kontrolle der Bürger und zunehmende menschliche, politische und ökonomische Verelendung?

Das gesamte Programm mit sämtlichen Vorträgern und Themen ist auf der Internetseite der Neuen Gesellschaft für Psychologie www.ngfp.de zu finden. Dort kann man außerdem Karten für die Veranstaltung erwerben.

Erinnern

Fotos: Bildschirmfotos



Das Letzte – von Anselm Lenz

LIEBE DAMEN,
HALLO HERREN,
SEHR GEEHRTE KINDER!

Die nach Leichen stinkenden Schweineratten von der Tageszeitung Taz haben nun auch noch ihr schwedisches Rolemodel an die Welt da draußen verloren. Greta hat die Nato-Zone verlassen. Dabei hatten sich doch schon einige der (real-)antisemitischen Taz-Lügner*innen im Konzerngebäude in der Berliner Friedrichstraße 21 so darauf gefreut, Gretchen einmal zu Besuch zu bekommen und dem Dauer-Teenager eine Frage stellen zu dürfen. Daraus wird für die Warlords der Verfemungsindustrie wie IM »Eric Peter«, Gereon Arschloch und anderes Lügenpack – Helfershelfer des MRNA-Spritzengenozids in der BRD – leider, leider nichts.

»PUH.
SCHWIERIG.«

So kommentierte Gereon den nächsten Abgang. Schools out forever? Und Demonstranten, innen und außen, haben sich für diese Woche auch noch für die Taz-Kantine angekündigt… Es steht nicht gut um Partei und Zeitung der alten Friedensbewegung, die Bündnisgrünen und die Tageszeitung. Aber das soll es ja auch nicht, der Plan geht auf und es merken immer mehr jener, die davon ausgingen, irgendwie »links« zu sein.



Greta, Taz, November 2023 Quelle: Bildschirmfotos

Das fast völlige Versagen der »Linken« gibt mir weiterhin ein paar (aber immer weniger) Rätsel auf. Seit 2020 zeigt das Kapital (»die da oben«, »die Ein-Prozent«, der »Tiefe Staat«, der »Militärisch-Industrielle-Komplex) seine Gestalt so deutlich, wie seit bald einem Jahrhundert nicht mehr. Anstatt sich zum Kampf zu rüsten, fielen die 99 Prozent der »Linken« um und in fanatischer Hingabe auf Regenbogen-Labels und Sex-Kriegs*nebel herein.

Was auch immer man von ihr und dem Ausgangskonflikt ihrer Rebellion gegen den Mainstream hält, Greta war jetzt mal mutig! Das gereicht den Schweineratten schon, die schwedische Schülerin auszumustern – und mit ihr die jahrelang aktivierte Jugend des Westens. Diesen Aderlass werden die »Tazzler« durch forcierte Ersetzungsmigration zu kompensieren trachten: Jetzt geht es also auch noch den eigenen Aktivisten-Kindern an den Kragen. Fazit: Der Nato-Neofaschismus ist eine bunte, diverse und nervige Szene von Mondsüchtigen und Kriegsfreaks, die am Ende in eine riesige Rauferei führt! Der nächste gesellschaftliche Konflikt verläuft also zwischen Generationen.

Mit demographischen Grüßen,
Ihr Anselm Lenz
Journalist, Verleger

»SATAN REGIERT DIE WELT«

»Eckstein, Eckstein, alles muss versteckt sein…« Mit seiner Rockband Oomph! war Dero Goi weltweit erfolgreich. In seinen Texten machte sich der Sänger oft über Gott lustig. Nach zwei Schicksalsschlägen fand er jedoch den Weg zu Jesus, der ihm nun auch in diesen zunehmend totalitären Zeiten eine große Stütze ist | INTERVIEW von Klaus Müller

Als früherer Musikredakteur lernte DW-Autor Klaus Müller die Wolfsburger *Band* Oomph! 2004 persönlich kennen. Er interviewte Frontmann Dero Goi & Co mehrfach. Das letzte Treffen war 2006. Nun, 17 Jahre später, schließt sich der Kreis: Für den DW sprachen die beiden über Gott, das Böse und was der Menschheit laut Bibel bevorsteht…

DW: Du hast 1989 mit den beiden Gitarristen Flux und Crap Oomph! gegründet. Es war der Beginn einer Erfolgsgeschichte: Anfang der 90er-Jahre seid Ihr als eine der ersten deutschen Rockbands in den USA aufgetreten. Ihr habt Rammstein, Unheilig und andere maßgeblich inspiriert. 2004 seid Ihr mit dem *Song* »Augen auf«, der auf einem Kinderreim basiert, auf Platz eins der deutschen Singlecharts gestürmt. Wie hast Du diese Zeit erlebt?
Dero Goi: Einerseits war es überwältigend: Wir traten auf den größten Festivals der Welt auf, spielten vor bis zu 100.000 Menschen. Andererseits war der Erfolg auch erschreckend, weil man aufpassen musste, nicht die Bodenhaftung zu verlieren. Wenn ich auf der Bühne stand, glaubte ich zeitweise, dass ich der Größte bin und mir die Welt gehört. Zum Glück hatte ich ein gefestigtes Umfeld, das mich immer wieder eingefangen hat. Erschreckend fand ich auch diesen Tsunami an Künstlichkeit, mit dem wir konfrontiert wurden.

DW: Wie meinst Du das?
D.G.: Ich war als Sänger einer *Band* in erster Linie Künstler und nicht mit dem Ziel angetreten, ein Star werden zu wollen. Plötzlich stand ich im Zentrum der Aufmerksamkeit. Jeder wollte etwas von mir: Interviews, Autogramme, Fotos, einige auch mehr. Jeder klopfte mir auf die Schulter. Aber ich spürte: Diese Zuneigung war nicht echt. Auch ich selbst gab mich in diesem Umfeld nicht so, wie ich wirklich bin. Das machte etwas mit mir. Ich merkte, dass der Erfolg zur Routine wurde und eine Kehrseite hat, die mir seelisch und emotional nicht gut tat. Meine innere Leere, die ich schon von klein auf verspürte, wurde nicht gefüllt, sondern vergrößerte sich noch. Schon als Kind fand ich die Welt, die Menschen und ihre sogenannten Werte merkwürdig. Nun fühlte ich mich bestätigt.

DW: Inwiefern?
D.G.: Die meisten Menschen, die ich kennenlernte, sagten mir: »Hab' doch einfach Spaß, vögele dich durch die Gegend, nimm Drogen, dann ist die Welt wunderbar.« Ich dachte nur: »Nein, ist sie eben nicht. So ist sie komplett sinn- und wertelos« Ich war schon früh mit meiner heutigen Frau zusammen. Fremdzugehen kam für mich nie infrage. Ich habe viele Paare erlebt, die sich gegenseitig betrogen haben. Ich fragte mich: Warum sind die Menschen so? Niemand von ihnen war glücklich.

DW: Du sprichst von einer inneren Leere. Du hattest eine recht schwierige Kindheit. Erzähle bitte mal, wie Du aufgewachsen bist.
D.G.: Meine Eltern waren beide alkoholkrank. Ich erlebte körperliche und seelische Gewalt. Mein Vater war zwischenzeitlich zudem schwer depressiv, drohte mehrmals mit Selbstmord. Demzufolge war meine Kindheit von Unsicherheit und Instabilität geprägt. Ich selbst war schon mit zwölf Jahren depressiv und dachte, ich könne nie wieder glücklich sein. In der Folge begehrte ich auf. Nach der Gründung von Oomph! konnte ich mein Rebellentum vor allem in meinen Texten ausleben.



DW: In diesen hast Du oft Gott verhöhnt. In dem Song »Der neue Gott« (1992) heißt es zum Beispiel: »Gott ist tot, ich hab' ihn umgebracht.« Du warst damals noch bekennender Agnostiker.
D.G.: Rückblickend war der Text selbstherrlich, größenwahnsinnig und völlig idiotisch. Wir können uns lossagen von unserem Schöpfer, ihn aber natürlich nicht umbringen. Aus heutiger Sicht würde ich sagen: Ich war damals bereits gläubig, befand mich aber im Krieg mit Gott. Ich habe ihn nicht verstanden, ihn deshalb in meinen Texten immer wieder angeklagt. Ich gab ihm die Schuld für alles Schlimme, was in der Welt passiert und auch für mein eigenes Leid und Elend und fragte mich, warum er das alles zulässt. In der Folge absolvierte ich drei Psychotherapien, nahm zudem Psychopharmaka. Aber das konnte mich nur betäuben, nicht heilen. Ich versuchte immer wieder aufs Neue, das Loch in mir zu füllen – mal mit Drogen, Alkohol, mal mit neuen Projekten und der Gier nach noch mehr Erfolg. Ich war wie ein Esel, der ständig einer Karotte hinterherlief, die ihm sichtbar, aber nicht erreichbar, vors Maul gehalten wurde.

Du hast später, obwohl Euer Verhältnis nicht das beste war, Deinen Vater jahrelang gepflegt, ehe er 2011 an den Folgen des Alkoholmissbrauchs gestorben ist. Wie hast Du letztlich zu Gott gefunden?
D.G.: Ich bin in eine christliche Selbsthilfegruppe für Angehörige von Suchtkranken gegangen. Ich wollte von der krankhaften Co-Abhängigkeit meines Umfelds loskommen. Dabei hat mir die Gruppe sehr geholfen. Zudem brachte sie mich Gott einen großen Schritt näher. Heute würde ich sagen: Gott hat da bereits an mir gearbeitet. Als 2009 mein damals dreijähriger Sohn an einer seltenen Form von Augenkrebs erkrankte, fing ich instinktiv an zu beten.

DW: Wie lief das ab?
D.G.: Ich habe den Kontakt zu Gott gesucht und ihm angeboten: »Lass mein Kind leben. Nimm mich!« Auf die biblische Wiedergeburt, also die sprichwörtliche Rettung, bei der alles von einem abfällt, musste ich allerdings noch warten. Da die Angst um meinen Sohn für mich allgegenwärtig war, konnte ich mich Gott zunächst noch nicht ganz öffnen. Aber ich befand mich auf dem Weg, meine Gedanken konzentrierten sich immer mehr auf ihn.

DW: Wie ging es weiter?
D.G.: Irgendwann war ich soweit: In setzte mich zu Hause hin, betete und gab mein Leben in Jesu Hände. Seitdem weiß ich: Wenn ich morgen sterbe, bin ich bei ihm. Ich bekam Liebe und inneren Frieden geschenkt. Mein Leben ist ausgeglichener, entspannter, das Loch in mir hat sich endlich gefüllt. Ich habe den Sinn des Lebens für mich entdeckt.

DW: Nämlich?
D.G.: Es geht im Leben darum, aus dem Dickicht an Verlockungen, die uns in die Irre führen sollen, herauszufinden. Jesus sagt es selbst: Er ist der Weg, die Wahrheit, das Leben. Er ist die Tür, durch die wir gehen müssen. Durch ihn habe ich gelernt, anderen Menschen, die mir sehr wehgetan haben, zu verzeihen – auch meinen Eltern. Ich verstehe heute, warum sie so waren. Sie sollten mein Anker sein, waren dazu aber gar nicht in der Lage, weil sie aufgrund ihrer eigenen Lebensgeschichte – sie hatten mit Entwurzelung, viel Leid und Krankheit zu kämpfen – traumatisiert waren. Das entschuldigt natürlich nichts, erklärt es aber. Um auf meine Situation zurückzukommen: Irgendwann fiel mir auf, dass ich mich nach den Konzerten bei Gott bedankte, obwohl ich zuvor auf der Bühne noch über ihn gelästert hatte. Das passte nicht zusammen.

DW: Die Folge war zwangsläufig: Am 29. September 2021 wurde nach 32 Jahren Dein Ausstieg aus der Band offiziell.
D.G.: Mein wiedergefundener Glaube an Gott war der berühmte Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Die Probleme innerhalb der Band begannen schon 15 Jahre zuvor. Ich wurde wertekonservativer, habe immer das Gespräch gesucht, auf politische und gesellschaftliche Fehlentwicklungen hingewiesen, aber die beiden wollten darüber nicht mit mir diskutieren. Die Atmosphäre innerhalb der Band wurde immer toxischer, die Unzufriedenheit nahm zu. Einen Schuldigen dafür gab es nicht. Jeder Einzelne von uns hatte seinen Anteil daran. Wir waren völlig unterschiedliche Charaktere, aber alle drei sehr egozentrisch und stur. Dass es so lange gutging, ist rückblickend gesehen ein Wunder. Es war zeitweise sehr anstrengend – wahrscheinlich ähnlich wie es in der Ampelkoalition sein dürfte *(lacht)*. Letztlich sind wir in Frieden auseinandergegangen.

Nachdem er zu Gott fand und sich gegen die irrsinnigen Coronamaßnahmen aussprach, stieg Dero Goi 2021 bei Oomph! aus. Daraufhin wurde er von einigen Fans angefeindet. Foto: Agata Nigrovskaya

»MAN WOLLTE MIR KLARMACHEN, DASS ES MIR ZUZUMUTEN SEI, MICH SPRITZEN ZU LASSEN«

DW: Du bist nun solo unterwegs. Crap und Flux führen Oomph! mit neuem Sänger fort, was Du Ihnen nach eigener Aussage als Gründungsmitglied juristisch hättest untersagen können.
D.G.: Ich wollte den beiden keine Steine in den Weg legen. Warum auch? Wir haben heute keinen Kontakt mehr. Als wir vor wenigen Monaten unser Studio aufteilten, haben wir uns gegenseitig in den Arm genommen und uns alles Gute gewünscht.

DW: Spielte die sogenannte Corona-Impfung bei Eurer Trennung eine Rolle?
D.G.: Ich möchte nicht ins Detail gehen, aber es wurde tatsächlich viel Druck auf mich ausgeübt – sogar per Anwalt. Man wollte mir klarmachen, dass es mir durchaus zuzumuten sei, mich spritzen zu lassen. Aber das kam für mich nicht infrage. Ich hörte mir Sucharit Bhakdi, Wolfgang Wodarg, Mike Yeadon, John Ioannidis und viele andere an und halte diesen experimentellen Stoff für sehr gefährlich. Für mich war von Anfang an offensichtlich, dass es bei der »Pandemie« zu keinem Zeitpunkt um die Gesundheit der Menschen ging, sondern um den Rückbau von Demokratie, Freiheit und Menschenrechten. Dass es so einfach funktionierte, hat mich sehr überrascht.

DW: Warum?
D.G.: Alle sollten und durften plötzlich nur noch in eine Richtung marschieren. Jedem mit einem gesunden Menschenverstand

Fortsetzung auf Seite 15

DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich.
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



CORONA.
INSZENIERUNG EINER KRISE
Klaus-Jürgen Bruder, Almuth-Bruder Bezzel, Jürgen Günther (Hgg.)
Sodenkamp & Lenz
ISBN: 978-3-9822745-5-3



MACHT
Wie die Meinung der Herrschenden zur herrschenden Meinung wird
Klaus-Jürgen Bruder und Almuth Bruder-Bezzel (Hgg.)
Westend-Verlag



KOGNITIVE KRIEGSFÜHRUNG
Neuste Manipulationstechniken als Waffengattung der Nato
Jonas Tögel
Westend Verlag
ISBN: 978-3-864894220



DIE CORONA-VERSCHWÖRUNG
Wie Milliardäre, Politiker und Staatsdiener wissentlich und willentlich Freiheit und Gesundheit ausradierten
Brigitte Röhrig, Rubikon-Verlag
ISBN: 978-3-96789-042-6



RICHTIGSTELLUNG!
Es war noch nie falsch, quer zu denken!
Michael Ballweg und Ralf Ludwig
Tiger Press
ISBN: 978-3-910972-02-5



MEINE VERTREIBUNG

Boris Reitschuster
Achgut Edition
ISBN: 978-3-9822771-8-9



DER ÖFFENTLICH-RECHTLICHE RUNDFUNK IST AM ENDE
Aber ein Ende ist nicht in Sicht
Friedhelm Klinkhammer, Volker Bräutigam, Fifty-Fifty
ISBN: 978-3-946778455



ENDSPIEL DES KAPITALISMUS
Wie die Konzerne die Macht übernahmen und wie wir sie zurückholen
Norbert Häring, Quadriga-Verlag
ISBN: 978-3869951133



WIRTSCHAFT UND FINANZEN NEU GEDACHT
Revolution der Menschlichkeit

Ulrich Gausmann
Massel-Verlag
ISBN: 978-3-948576-06-6



DAS KONSPIRATIONISTISCHE MANIFEST

Anonym
Sodenkamp & Lenz
ISBN: 978-3-9822745-9-1

Fortsetzung von Seite 14

hätte auffallen müssen: Genau das ist Faschismus. Schon die alten Römer wussten: Teile und herrsche. Es reichte aus, Kritiker als Rechte und Schwurbler zu diffamieren. Dabei sind wir Widerständler die wahren Antifaschisten.

DW: Wie erklärst Du Dir, dass nur wenige Künstler während Corona aufbegehrten?
D.G.: Erst in Krisensituationen offenbart sich der wahre Charakter eines Menschen. Klar, gerade Künstlern wird ein überdurchschnittlicher Freiheitsdrang nachgesagt. Aber in vielen von ihnen hat man sich wohl getäuscht.

DW: Wie hast Du die Geschehnisse um Rammstein-Sänger Till Lindemann wahrgenommen?
D.G.: Ich fand es erschreckend, wie schnell Menschen inzwischen vorverurteilt werden. Es war wie eine Hexenjagd. Dabei haben schon die Rolling Stones und die Beatles *Sex, Drugs & Rock'n'Roll* ausgelebt. Heute empört man sich darüber. Die Welt wurde komplett aus den Angeln gehoben. In dieser links-grünen Welt sind die Punker heute die Spießer, Konservatismus ist der neue Punkrock.

DW: Wie wichtig ist aus Deiner Sicht der Widerstand auf der Straße?
D.G.: Ich gehöre zu denjenigen, die bereits im Frühjahr 2020 auf die Straße gingen. Ich war bei den großen Berliner Demos und etlichen Montagsspaziergängen dabei. Wichtig ist: Wir müssen friedlich bleiben. Wir können ein böses und gewalttätiges System nicht mit dessen eigenen Mitteln schlagen.

DW: Es geht auch um zivilen Ungehorsam, oder?
D.G.: Ja, dieser wird relevant, wenn die Gesellschaft von einem bibeltreuen Christen etwas verlangt, das dem Wort Gottes widerspricht, wie etwa andere Menschen zu töten. Wenn der Staat mir hingegen vorschreibt, dass ich auf allen Straßen des Landes ein Tempolimit beachten muss, widerspricht das der Bibel nicht. Was die Coronamaßnahmen betrifft: Diese basierten auf Lüge, Täuschung und Manipulation. Das sind Werkzeuge des Teufels, weshalb ziviler Ungehorsam absolut angebracht war.

DW: Für viele ist es sehr erschrekkend, wenn sie »aufwachen« und feststellen, wie sehr wir belogen und manipuliert werden.
D.G.: Um da nicht durchzudrehen, braucht man durchaus eine gewisse Resilienz. Ich denke, viele Menschen würden, wenn sie sich der Täuschung bewusst würden, in der Irrenanstalt landen oder sich zum Selbstschutz sogar umbringen. Das ist der Grund, warum sie sich lieber der Masse anschließen: Dort fühlen sie sich wohl und geschützt. Darüber hinaus erlauben sie sich einfach nicht, das in Betracht zu ziehen, was ihr eigenes Weltbild bedroht. Aber die Geschichte zeigt uns, dass die Mehrheit schon oft daneben lag.

»AUF DIE GLÄUBIGEN WARTET EIN *HAPPYEND*«

DW: Haben wir es bei dem, was wir seit Frühjahr 2020 wahrnehmen, möglicherweise mit Satanismus zu tun?
D.G.: Jesus sagt: Satan ist der Vater aller Lügen, es steckt keine Wahrheit in ihm. Das heißt: Wenn wir mit einem System konfrontiert sind, das aus Lüge, Täuschung und Manipulation besteht, kann man es laut Bibel durchaus als satanisches System bezeichnen.



Mit seiner Debütsingle »Clickbait« stürmte der 53-Jährige auf Platz zwei der *Alternative Charts*. In dem *Song* geht es um den in den sozialen Medien vorherrschenden Zeitgeist – immer lauter, schriller, abgedrehter. Sein Debüt-Doppelalbum »1984« erscheint Anfang 2024.

Ob sämtliche involvierten Politiker genau wissen, was sie tun und wem sie dienen, ist eine andere Frage. Ich würde nicht allen pauschal Vorsatz unterstellen. Aber die Welt wird von Satan regiert, seitdem die Menschen einst aus dem Paradies vertrieben wurden.

DW: Dass das Böse die Macht übernommen hat, ist für viele aber erst seit Frühjahr 2020 offensichtlich.
D.G.: Wir leben in der Zeit der Offenbarung, also der Entschleierung. Früher waren die Menschen gottesfürchtiger. In den vergangenen Jahren haben sich aber immer mehr Menschen von Gott abgewandt, das Böse gewann dadurch zunehmend an Macht. Das Ergebnis sehen wir jetzt. Wir bewegen uns mit großen Schritten in Richtung Endzeit. Wie es weitergeht, lässt sich in der Bibel nachlesen.

DW: Fahre bitte fort!
D.G.: Jesus sagt, wir werden von Kriegen, Seuchen, Erdbeben und Hungersnöten geplagt. Laut der Offenbarung des Johannes steht uns ein System bevor, das sehr unterdrückerisch sein wird. Es wird bürgerkriegsähnliche Zustände geben. Und Israel wird auseinanderbrechen. Am Ende wird ein militärischer Führer in Jerusalem verkünden, dass er Gott sei und Anbetung fordern. Zudem werden die Menschen markiert. Ich denke nicht, dass dies in Form eines implantierten Mikrochips passieren wird. In der Bibel ist von einem äußerlichen Malzeichen die Rede, weshalb ich eher von einem Tattoo oder Barcode ausgehe. Dann wird es nicht mehr lange dauern, bis Jesus auf die Erde zurückkehrt.

DW: Und dann?
D.G.: Die Lösung heißt Jesus Christus. In ihm wurde Gott Mensch, um uns am Kreuz von unserer persönlichen Schuld zu erlösen. Das, was passiert, muss geschehen. Gott will uns offenbaren, wie wir Menschen sind, wenn wir ihn nicht in unserem Herzen tragen. Ganz wichtig: Wahrer Glaube hat nichts mit Religion und der Kirche zu tun. Diese agieren oftmals gegen Gott und helfen dabei, die Welt so zu gestalten, wie sie ist – manipulativ, ausbeuterisch und korrupt. Gott hat uns allen einen freien Willen geschenkt. Jeder kann frei entscheiden, muss aber mit den Konsequenzen, dem Gericht Gottes, rechnen: Wer seine Schuld bereut, sich mit ganzem Herzen zu Jesus bekennt und eine lebendige Beziehung mit ihm führt, muss keine Angst haben, auf den wartet das schönste *Happyend*, das man sich vorstellen kann. Für diejenigen, die sich gegen Gott entscheiden, kann es hingegen keine Liebe und keinen Frieden geben.

DW: Dero, wir danken Dir für dieses Gespräch.



SPORT MIT BERTHOLD

DEMOKRATIE UND ERFOLG

Kann Demokratie im sportlichen Wettbewerb erfolgreich sein?

In einer Mannschaft gibt es in der Regel einen Mannschaftsrat. Der wird von den Spielern gewählt. Den Kapitän bestimmt der Trainer, manchmal auch nach Rücksprache mit dem Mannschaftsrat.

Fußballmannschaften unterliegen den wöchentlichen Ergebnissen. Daher ist es schwer, einen Zusammenhang herzustellen, zu messen, ob Demokratie im Sport den Erfolg im Wettbewerb hemmt oder eher fördert. Entscheidend ist meines Erachtens nach das Arbeitsklima und die Eigenverantwortung der Spieler.

Wenn die Spieler merken, dass ausschließlich sportliche Leistungskriterien eine Rolle spielen und Trainer und Vereinsführung einen offenen Dialog mit ihnen führen, dann ist die Grundlage für den Erfolg geschaffen.

Natürlich bedarf es Qualität im Spielerkader, denn zaubern kann kein Trainer. Aber Mentalität und Geschlossenheit sind auf jeden Fall ein großer Faktor im Fußball. Das hat Argentinien während der letzten Fußballweltmeisterschaft gezeigt. Hinzu kam noch die Energie der Fans, die diese Mannschaft zum Titel getragen hat.

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

»JOURNALISMUS IST, ZU DRUCKEN, WAS ANDERE NICHT GEDRUCKT HABEN WOLLEN. ALLES ANDERE IST PROPAGANDA.«
GEORGE ORWELL

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*